

Eliteninteressen und soziale Konfliktlinien in Demokratisierungsprozessen: die soziale Konstruktion von Interessen und das Abstimmungsverhalten von Abgeordneten bei der Reform des Dreiklassenwahlrechts in Preußen 1918

Rössel, Jörg

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Rössel, J. (2000). Eliteninteressen und soziale Konfliktlinien in Demokratisierungsprozessen: die soziale Konstruktion von Interessen und das Abstimmungsverhalten von Abgeordneten bei der Reform des Dreiklassenwahlrechts in Preußen 1918. *Historical Social Research*, 25(3/4), 114-149. <https://doi.org/10.12759/hsr.25.2000.3/4.114-149>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Eliteninteressen und soziale Konfliktlinien in Demokratisierungsprozessen - Die soziale Konstruktion von Interessen und das Abstimmungsverhalten von Abgeordneten bei der Reform des Dreiklassenwahlrechts in Preußen 1918

*Jörg Rössel**

Abstract: Contemporary attempts to explain the development and consolidation of democratic regimes can be divided into elite- and actor-centered perspectives on the one hand and modernization- and structural theories on the other hand. The article develops a theoretical perspective that links elite action to social structures. Elites are regarded as representatives of the interests of certain population segments, though they have some latitude in the definition of these interests and the pursuit of their own interests. The development and consolidation of democratic regimes therefore depends on the interests and power resources of specific elites and of the population segments they represent. In a study on Prussian deputies' voting behavior on the reform of the Prussian three-class franchise it can be shown that the theoretical framework improves the explanation of elite actions and of the development of an elite consensus on democratic norms.

1. Einleitung

In den vergangenen 25 Jahren hat eine beeindruckende Zunahme der Anzahl von demokratischen politischen Regimen stattgefunden, die von Samuel Huntington als dritte historische Welle der Demokratisierung bezeichnet wurde (Huntington 1991). Die gegenwärtige Forschung zu diesem Thema zeichnet

* Address all communications to Jörg Rössel, Institut für Kulturwissenschaften, Universität Leipzig, Burgstr. 21, D-04109 Leipzig. Für Hinweise und Kritik danke ich Jürgen Gerhards und den Teilnehmern des soziologischen Colloquiums am John F. Kennedy Institut.

sich durch einen Gegensatz zwischen den als traditionell betrachteten Modernisierungs- und Strukturtheorien auf der einen Seite und den Akteurs- und Prozessanalysen auf der anderen Seite aus. Während erstere vor allem langfristige sozioökonomische Wandlungsprozesse und damit einhergehende Machtverschiebungen als Bedingungen der Demokratisierung betrachten, fokussieren letztere in erster Linie auf die strategischen Interaktionen zwischen politischen Eliten, die zur Etablierung von demokratischen Regimen führen können (vgl. Przeworski/Limongi 1997, Higley/Burton 1989, Karl/Schmitter 1991). Dieser Artikel versucht diesem Gegensatz zu begegnen und eine Perspektive zu entwickeln, mit deren Hilfe die beiden theoretischen Ansätze integriert werden können. Die theoretische Grundlage dieses Artikels wird in Abschnitt 2 entwickelt. Hier wird eine akteurtheoretische Perspektive der Entstehung und Stabilisierung von demokratischen Regimen entwickelt. Der zentrale Fokus der theoretischen Betrachtung ist die Mobilisierung und Organisation von Bevölkerungssegmenten zu organisierten kollektiven Akteuren die ihre jeweiligen politischen Interessen unter Einsatz ihrer mobilisierten Machtressourcen verfolgen und damit zur Entstehung, zur Stabilisierung oder zum Zusammenbruch von demokratischen Regimen beitragen. Dabei werden Eliteninteressen und -strategien in ihrem Verhältnis zu den jeweils relevanten Bevölkerungsgruppen betrachtet.

Der theoretische Rahmen soll in den folgenden Abschnitten an einem empirischen Beispiel verdeutlicht und überprüft werden. Dabei handelt es sich um das Abstimmungsverhalten von Abgeordneten im preußischen Abgeordnetenhaus anlässlich einer Abstimmung über die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen im Jahr 1918, die – das sei hier vorweggenommen – nicht zur Annahme des gleichen Wahlrechts geführt hat.¹ In Abschnitt 3 wird erläutert, welchen demokratisierenden Gehalt eine derartige Wahlrechtsänderung gehabt hätte. Der folgende Abschnitt 4 ist den relevanten Bevölkerungssegmenten in Preußen, ihren Organisationen und Interessen gewidmet. In Abschnitt 5 wird darüber hinaus noch die Verknüpfung zwischen Bevölkerungssegmenten, Interessenorganisationen und Parteien erläutert. Der Abschnitt 6 wendet sich dann der Frage zu, ob die in Abschnitt 4 den einzelnen Bevölkerungssegmenten zugeschriebenen sozial konstruierten Interessen das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten erklären können.

¹ Die relativ ausführliche empirische Studie ist allerdings in erster Linie der Exemplifizierung und Überprüfung des hier vorgestellten, theoretischen Konzepts gewidmet und stellt keinen Beitrag zur Historiographie der preußischen Wahlrechtsdebatten dar (vgl. Bergsträsser 1929; Patemann 1964; Kühne 1994b).

2. Theoretischer Rahmen

In der gegenwärtigen Erforschung von Demokratisierungsprozessen werden dominant politische Eliten und ihre Strategien im Transformationsprozeß diskutiert (Merkel 1994; Karl/Schmitter 1991; Higley/Burton 1989; Przeworski 1991; Colomer 1991). Den Modernisierungs- und Strukturtheorien wird dagegen vorgeworfen, daß sie deterministisch seien, daß sie nicht angeben können welche Akteure und Prozesse eigentlich für die Entstehung von Demokratien zentral sind und für die Erklärung der gegenwärtigen Demokratisierungsprozesse daher irrelevant seien (Przeworski/Limongi 1997: 176 - 177). Gegen die Betonung langfristiger struktureller Entwicklungen als Bedingung für die Entstehung demokratischer Regime wird das Verhalten von politischen Akteuren gesetzt: „The emergence of democracy is not a by-product of economic development. Democracy is or is not established by political actors pursuing their goals, and it can be initiated at any level of development.“ (Przeworski/ Limongi 1997: 177).

Ein relativ weit entwickeltes Beispiel für eine solche theoretische Perspektive ist die Elitentheorie von Burton, Higley und Field (Higley/Burton 1989; Field/Higley 1985). Sie verstehen unter Eliten: „...persons who are able, by virtue of their authoritative positions in powerful organizations and movements of whatever kind, to affect national political outcomes regularly and substantially“ (Higley/Burton 1989: 18). Die Vertreter dieser Theorie gehen davon aus, daß nationale Eliten in ihrem Ausgangszustand gewöhnlich fragmentiert sind. Sie sind durch eine schwache soziale Integration und mangelnden Konsens gekennzeichnet, so daß zum Repertoire ihres Konkurrenzverhaltens auch Gewalt gehört. In dieser Elitenkonstellation können sich daher keine stabilen (repräsentativen) politischen Systeme etablieren. Die Institutionalisierung einer stabilen Demokratie ist von der Entstehung einer konsensuell geeinten und durch soziale Integration gekennzeichneten Elite abhängig. Die zentrale Ursache für die Existenz von Demokratien ist daher eine spezifische Elitenstruktur, die eine gewaltfreie Konfliktaustragung zwischen verschiedenen Elitenfraktionen erlaubt. Entstehen können derartige konsensuell geeinte Eliten durch Pakte, in denen die Konflikte zwischen den Elitenfraktionen in kurzen, intensiven Verhandlungen in Kompromisse übersetzt werden (Burton/ Gunther/ Higley 1992: 13 - 14). Anlässe für eine derartige Übereinkunft sehen die Autoren in dringend beizulegenden Krisen oder in der Zeitphase nach massiven, gewaltsamen Konflikten zwischen den Elitenfraktionen. Die makrosoziologischen Voraussetzungen sind ein relativ geringer Mobilisierungsgrad der Bevölkerung, der den Eliten einen relativ hohen Verhandlungsspielraum läßt, die Existenz einer nichtradikalen Mehrheit unter den Wählern, die für gewisse Zeiträume eine Dominanz liberal-konservativer Gruppen ermöglicht und wirtschaftliches Wachstum, welches auf Dauer radikale Potentiale in der Bevölkerung abschleift (Field/Higley 1985: 38; vgl. Merkel/Puhle 1999: 53 - 57). Der skizzierten Elitentheorie von

Burton, Higley und Field ähnliche Perspektiven finden sich in zahlreichen Studien, die die politischen Prozesse in einzelnen Ländern im Übergang von autoritären zu demokratischen Regimen untersuchen (Karl/Schmitter 1991; Colomer 1991).

Die skizzierten eliten- und akteurtheoretischen Perspektiven sind allerdings mit zwei zentralen Problemen behaftet: Erstens tendieren sie dazu Demokratisierungsprozesse in quietistischer Manier als Verhandlungen und Übereinkünfte zwischen Eliten zu charakterisieren und damit ein verzerrtes Bild der Realität zu geben. Übergänge von autokratischen zu demokratischen Regimen sind auch durch militante Prozesse der Mobilisierung, staatliche Repression und massive Konflikte gekennzeichnet (Adler/Webster 1995; Bermeo 1997; Collier 1999). Insofern geben die eliten- und akteurtheoretischen Perspektiven eine verzerrte Darstellung ihres Gegenstandes. Zweitens bleibt in diesen Theorien die Frage nach den erklärenden Bedingungen für erfolgreiche Elitenpakte offen (Neuhouser 1992; 1998; Wickham-Crowley 1994). Daher charakterisiert Kevin Neuhouser in seiner Kritik an dieser Perspektive deren Erklärungsmuster für den Übergang zu demokratischen Regimen als „unpredictable elite negotiations“ (Neuhouser 1998: 67). Dieses Urteil gilt nur für eher deskriptive Analysen, nicht für die an der Rational Choice Perspektive orientierten Elitentheorien, wie sie z. B. von Josep Colomer und Adam Przeworski vorgestellt wurden (Colomer 1991; Przeworski 1991; Merkel/Puhle 1999: 49 - 53). Diese können bei gegebenen Präferenzen und Handlungsbedingungen das Handeln von Eliten nicht nur beschreiben, sondern auch die Bedingungen für die Entstehung von Übereinkünften angeben und damit eine systematische Erklärung vorlegen. Diese Möglichkeit bleibt allerdings bisher weitgehend ein theoretischer Anspruch, da die genannten Autoren in ihren Fallbeispielen auf einer eher schmalen empirischen Grundlage argumentieren und die Interessen der Eliten theoretisch und empirisch nicht ausreichend bestimmen können. Vor allem Herbert Kitschelt hat in seiner Auseinandersetzung mit Adam Przeworski deutlich gemacht, daß dessen Zuschreibung von Interessen an bestimmte Eliten eine hohe Übereinstimmung mit den Ergebnissen makrosoziologischer Strukturanalysen besitzt und keineswegs das Spezifikum der Eliteinteressen herausarbeitet (Kitschelt 1993). Dies verwischt dann allerdings wiederum den Unterschied zwischen akteurorientierten Elitentheorien auf der einen Seite und den Strukturtheorien auf der anderen Seite, da die Eliten in diesen Analysen nur die Verlängerung strukturell bestimmter Interessen in den politischen Raum hinein darstellen.

Insgesamt bleibt damit das Fazit, daß die gegenwärtig vorliegenden Akteur- und Elitentheorien innerhalb der politischen Soziologie nicht empirisch überzeugend die Bedingungen für die Entstehung von Elitenübereinkünften angeben können, die dann wiederum die Institutionalisierung von demokratischen Regimen ermöglichen. Dieses Manko liegt in erster Linie in der Tatsache begründet, daß diese theoretischen Perspektiven nur in relativ untergeordnetem

Maße die strukturellen Bedingungen behandeln, die die Interessen und Strategien von Eliten beeinflussen. Ein Ausweg aus diesem Dilemma scheint mir nur möglich, wenn die Akteurtheorien mit Strukturtheorien verknüpft werden, um so die Bestimmung der Interessen der Akteure zu ermöglichen und damit auch die Vorhersagekraft der politischen Soziologie zu verbessern. Daher soll an diese Stelle eine theoretische Perspektive skizziert werden, die die Interessen von Eliten in deren Verhältnis zu spezifischen Bevölkerungssegmenten zu bestimmen versucht.

Im Einklang mit der gegenwärtigen Betonung der Akteursperspektive in der politischen Soziologie wird hier unter Bezugnahme auf das Handeln von Akteuren zu erklären versucht, unter welchen Bedingungen Demokratien entstehen und sich konsolidieren. Als die beiden für eine solche Erklärung zentralen Merkmale von Akteuren können im Anschluß an James Coleman deren Interessen und Machtressourcen betrachtet werden (vgl. Coleman 1992: 28 – 29). Dabei soll unter Interesse eine generalisierte Vorstellung von Zuständen verstanden werden, die vom Akteur wertgeschätzt werden und die zum Ziel seiner Forderungen und Handlungen werden kann. Machtressourcen sind demgegenüber alle Ressourcen die ein Akteur einsetzen kann, um seine Interessen – auch gegen den Willen anderer Akteure – durchzusetzen. Die relativ triviale Schlußfolgerung daraus ist, daß demokratische Regime dann entstehen können, wenn Akteure mit prodemokratischen Interessen genügend Machtressourcen mobilisiert haben, um ein derartiges Regime durchzusetzen oder als Kompromiß zu institutionalisieren. Stabil bleiben derartige Regime, wenn die zugrundeliegende Konstellation von Machtressourcen und Interessen stabil bleibt bzw. sich sogar in eine für die Demokratie zunehmend günstige Richtung entwickelt.² Allerdings bleibt diese Bestimmung noch relativ abstrakt, so daß damit wenig über die typischen historischen Konfigurationen ausgesagt werden kann, unter denen Demokratien entstehen und sich konsolidieren. Dazu bedarf es einer näheren Bestimmung der relevanten politischen Akteure, ihrer Interessen und ihrer Machtressourcen.

Es muß berücksichtigt werden, daß aus methodischen Gründen nicht die jeweiligen Interessen aller Individuen erhoben werden können, sondern die Interessen spezifischer Bevölkerungssegmente typisiert werden müssen (Stinchcombe 1968: 67 - 68). In der wichtigen Studie von Rüschemeyer, Stephens und Stephens z. B. wurden die Interessen von Individuen in erster Linie als durch ihre Klassenzugehörigkeit bestimmt gesehen (Rüschemeyer/Stephens/Stephens 1992). Dabei kamen die Autoren zu dem Ergebnis, daß vor allem die Arbeiter-

² Derartige Formulierungen finden sich z. B. bei Rüschemeyer/Stephens/Stephens (1992: 57): „The baseline for our analysis of the relation between class and democracy is quite simple: those who have only to gain from democracy will be its most reliable promoters and defenders, those who have the most to lose will resist it and will be tempted to roll it back when the occasion presents itself“ und bei Robert Dahl (1971: 15): „The more the costs of suppression exceed the costs of toleration, the greater the chance for a competitive regime“.

klasse konsistent prodemokratische Interessen aufweist, während die agrarischen Großgrundbesitzer als Gegner demokratischer Regime zu betrachten sind (Rüschemeyer/Stephens/Stephens 1992: 270 - 273). Auch wenn die Berücksichtigung sozioökonomischer Klassenstrukturen sicher unabdingbar für die Feststellung der Interessen verschiedener Bevölkerungsgruppen ist, so scheint mir eine grundsätzliche Fixierung auf Klassenstrukturen aber zu eng zu sein. Vor allem Kevin Neuhooser hat in seiner Kritik an den Elitentheorien als Alternative ein Klassenkompromißmodell der Erklärung stabiler Demokratien vorgeschlagen (Neuhooser 1992; 1998). Selbst in seinen eigenen empirischen Analysen wird aber deutlich, daß eine derartige Fixierung auf Klassenakteure nicht ausreichend ist. So muß er – ohne dies allerdings theoretisch näher zu begründen – auch die Rolle der Kirchen und des Militärs berücksichtigen, die beide gewiß nicht als Klassenakteure zu bezeichnen sind (Neuhooser 1991: 122, 124; vgl. auch Wickham-Crowley 1994). Um die soziale Basis von politischen Interessen differenzierter zu analysieren, sollte daher ein offenerer Ansatz gewählt werden, der auch nichtökonomische Konflikte erfaßt, die für Menschen von hoher Bedeutung sein können (vgl. Best 1990).³ Im hier vorliegenden Fall werde ich die Theorie der sozialen Konfliktlinien von Stein Rokkan und Seymour Martin Lipset heranziehen, um die relevanten Bevölkerungssegmente in der preußischen Gesellschaft zu bestimmen (Lipset/Rokkan 1967).⁴

1) Neben die methodische Schwierigkeit der Berücksichtigung der Interessen aller einzelnen Individuen tritt noch eine theoretische Problematik. In den seltensten Fällen sind individuelle Akteure unmittelbar für die Entwicklung politischer Strukturen relevant, sondern organisierte kollektive Akteure, wie soziale Bewegungen, Interessenverbände und politische Parteien, die die Interessen ganzer Bevölkerungssegmente oder noch größerer Koalitionen repräsentieren (vgl. Rucht 1993), was auch im folgenden Zitat von Przeworski verdeutlicht wird: „But isolated individuals do not shake social orders. This is why 'legitimacy' understood in individual terms, even with all Eastonian distinctions, has little bearing on the issue of regime stability. Only organized political forces have the capacity to undermine the democratic system" (Przeworski 1991: 28). Bevölkerungssegmente werden also nur dann politisch relevant, wenn es ihnen gelingt sich – zumindest kurzfristig – zu organisieren. –Erst wenn die Mobilisierung und Organisierung einer

³ Für die Berücksichtigung derartiger Interessen spricht im hier betrachteten empirischen Fall auch die Tatsache, daß sich im Wahlverhalten der preußisch-deutschen Bevölkerung konfessionelle Differenzen in weitaus höherem Maße als sozioökonomische Differenzen zeigen (vgl. Sperber 1997).

⁴ Die Abgrenzung von relevanten Bevölkerungssegmenten kann aber nicht in jedem Fall mit Hilfe des Schemas von Rokkan und Lipset durchgeführt werden, da es vermutlich nicht alle möglichen gesellschaftlichen Konfliktlinien erfasst. So wird man in den Reformgesellschaften Osteuropas andere ökonomische Konfliktlinien zu berücksichtigen haben als in kapitalistischen Industriegesellschaften (vgl. Kitschelt 1992; Plasser/Ullram/Waldrach 1997).

Bevölkerungsgruppe gelingt, können deren Interessen und Machtressourcen wirksam in den politischen Prozeß eingebracht werden. Es müssen also die Bedingungen für dieses Phänomen untersucht werden. Der Prozeß der Organisierung und Mobilisierung ist auch für die Definition der Interessen eines Bevölkerungssegments relevant, da man den verschiedenen Bevölkerungsgruppen nicht ohne weiteres ein bestimmtes Interesse zuschreiben kann, welches sich z. B. aus deren objektiver sozialer Lage ergibt. Diese Interessen werden vielmehr im Prozeß der Konstituierung kollektiver Akteure selbst erst sozial konstruiert. Diese Behauptung soll im Zentrum der folgenden Ausführungen stehen, während die Mobilisierung von Machtressourcen nicht thematisiert wird. Es werden vier Bedingungen der Mobilisierung von Bevölkerungsgruppen behandelt: erstens ihre soziale Lage, zweitens die Bedeutung von Kommunikations- und Interaktionsstrukturen, drittens Organisationsstrukturen und -eliten und viertens der soziale Kontext.

1) Ausgangspunkt für die Definition und Repräsentation der Interessen von Bevölkerungssegmenten durch einen kollektiven Akteur ist in jedem Fall die jeweilige typische soziale Lage eines bestimmten Bevölkerungssegments. Die soziale Lage ergibt sich aus der Position der Mitglieder eines Bevölkerungssegments in der sozialen Konfliktstruktur einer Gesellschaft. Darunter verstehe ich die Verteilung von gesellschaftlich als wünschenswert betrachteten und relativ knappen Ressourcen auf der einen Seite (vgl. Hradil 1987: 14 - 17) und von gesellschaftlich geregelten Rechten (z. B. Verwendung der eigenen Sprache) auf der anderen Seite auf die Bevölkerung. Sowohl für individuelle wie auch für kollektive Akteure leiten sich Interessen aber nicht unmittelbar aus dieser sozialen Lage ab. Erst in Prozessen kultureller Interpretation und Evaluation können aus sozialen Lagen Interessen, d. h. auch Forderungen nach Veränderungen der sozialen Realität entstehen. Nur aus der Perspektive spezifischer kultureller Rahmen werden bestimmte soziale Lagen als Mißstände gesehen und als veränderlich betrachtet (Snow et al 1986, Gerhards/Rucht 1992).⁵ Allerdings dürfen die hier angesprochenen kulturellen Traditionen nicht als freischwebende kulturelle Werte betrachtet werden, sondern in ihrer Bindung an soziale Institutionen, Gemeinschaften und Organisationen.

⁵ Dies wird von Barrington Moore exemplarisch an der kulturellen Rahmung von Lohnforderungen in der frühen Arbeiterbewegung dargestellt. Er zeigt, daß zwar auf der einen Seite Vorstellungen einer „moral economy“ eine erhebliche Rolle spielen, die jedem einen gerechten Mindestlohn, der die grundsätzlichen Bedürfnisse einer Familie dauerhaft sichert, zuspricht, daß aber auf der anderen Seite die aus der handwerklichen Tradition stammenden Qualitäts- und Leistungsstandards durchaus auch die Vorstellung gerechter Lohndifferenzen begründen. Aus ländlichen Gegenden rekrutierte Arbeiter zu deren kulturellen Traditionen derartige Wertstandards nicht gehörten, waren für die Formulierung von Lohnforderungen nur schwierig zu gewinnen, da von ihnen die existierenden Löhne nicht als ungerecht empfunden wurden (Moore 1982: 254 - 262).

- 2) Zentral für die Herausbildung kollektiver Akteure und für die autonome Definition von Interessen ist die Existenz von Kommunikations- und Interaktionsnetzwerken in einer Bevölkerungsgruppe sowie deren spezifische Struktur (McAdam 1986; McAdam/McCarthy/Zald 1988). Daher sind ökonomische Strukturen, die zur urbanen Konzentration von spezifischen Bevölkerungsgruppen führen und günstige Kommunikationsmöglichkeiten schaffen eine zentrale Voraussetzung für die Mobilisierung von politisch bisher relativ wenig einflußreichen sozialen Klassen. Darüber hinaus ist aber auch die Struktur der Kommunikationsnetzwerke von erheblicher Bedeutung. Die Möglichkeit zu einer autonomen Mobilisierung und Interessendefinition ist vor allem bei horizontalen Kommunikationsmöglichkeiten unter allen Mitgliedern einer Bevölkerungsgruppe gegeben, während vertikale bzw. klientelistische Kommunikationsstrukturen, die über Intermediäre (vgl. Coleman 1991: 162) verlaufen, eher hinderlich dafür sind (vgl. Judt 1979; Putnam 1993; Heller 2000). Desweiteren sind bei der Betrachtung der Kommunikations- und Interaktionsstrukturen die schon präexistierenden Institutionen und Organisationen innerhalb einer Bevölkerungsgruppe von erheblicher Relevanz. Personen, die schon in relativ dichte, durch spezifische Organisationen oder Institutionen gebildete Kommunikationsnetzwerke eingebunden sind, sind nur dann für neue Bewegungen oder Organisationen zu mobilisieren, wenn diese eine gewisse Affinität mit den vorhandenen Kommunikationsnetzwerken aufweisen. Dies gilt z. B. für die Rolle der schwarzen Kirchen im Süden der Vereinigten Staaten als Basis für die Civil Rights Bewegung (McAdam 1982), während der umgekehrte Fall bei säkularen Arbeiterbewegungen vorliegt, die versuchen kirchlich gebundene Arbeiter zu organisieren (Nolan 1981).
- 3) Entscheidende Voraussetzung für die dauerhafte Existenz eines kollektiven Akteurs, der die Interessen einer Bevölkerungsgruppe repräsentiert, sind formale Organisationen. Diese können erstens Ressourcen systematisch akkumulieren, um sie im Konfliktfall einzusetzen, zweitens politische Aktivitäten in Zeit und Raum koordinieren und drittens auch Personen mit Hilfe von selektiven Anreizen mobilisieren, die sonst nur bedingt zur Unterstützung der Organisation bereit wären (Gamson 1975). Für die hier vorliegende Frage nach der sozialen Konstruktion von Interessen sind Organisationen vor allem deshalb von entscheidender Bedeutung, da sie die Arena bilden in der die politisch repräsentierten, langfristigen Interessen eines Bevölkerungssegments entwickelt werden (Offe/Wiesenthal 1980). Eine entscheidende Bedeutung kommt dabei vor allem den Inhabern von Positionen innerhalb der Organisationen und den besonders engagierten Mitgliedern zu, die ich zusammengefaßt als Organisationseliten bezeichnen will. Diese De-

definition von Eliten ist durchaus im Einklang mit der oben zitierten Definition von Higley und Burton. Diese Personengruppen haben gewöhnlich einen entscheidenden Einfluß auf die Definition von Interessen und Strategien einer Organisation, da sie selbst in hochgradig demokratischen Organisationen einen Machtvorsprung gegenüber den Mitgliedern haben und daher auch immer ihre eigenen Interessen innerhalb der Organisation und mit Hilfe der Organisation verfolgen. Dieser Machtvorsprung hängt aber von den formalen Mitwirkungsmöglichkeiten der Mitglieder ab und von der Existenz sozialer Voraussetzungen (z. B. günstige Interaktions- und Kommunikationsstrukturen), die den Mitgliedern eine dauerhafte demokratische Partizipation in der Organisation ermöglichen (vgl. Nyden 1985; Lipset/Trow/Coleman 1956).⁶ Selbst in relativ undemokratischen, klientelistischen Organisationen sind aber die Eliten darauf angewiesen bestimmte Forderungen der Mitglieder zu erfüllen, um sich deren Loyalität zu sichern (Wickham-Crowley 1994). Generell legt der Machtvorsprung der Organisationseliten aber nahe, deren soziale Rekrutierung und Interessen bei der Untersuchung der Formulierung von Interessen in Organisationen zu berücksichtigen. Organisationseliten sind nicht nur als Repräsentanten bestimmter Bevölkerungssegmente zu betrachten, sondern sind Akteure mit eigenständigen Interessen. Dies wird in der folgenden empirischen Analyse berücksichtigt, indem die jeweiligen Chancen der Wiederwahl der Abgeordneten berücksichtigt werden.

- 2) Der soziale Kontext einer sozialen Bewegung oder Organisation ist höchst bedeutsam für deren Entwicklung. Besonders wichtig sind dabei die Koalitionschancen und die Konflikte mit anderen Akteuren. Die Koalitionschancen eines kollektiven Akteurs können in höchst bedeutsamer Weise die Formulierung von Interessen innerhalb einer Organisation beeinflussen. Die Koalition mit einem anderen Akteur kann zu internen Machtverschiebungen in Organisationen führen, die eine dem Koalitionspartner eher affine Fraktion der Organisationselite stützt. Dies wird auch zu Anpassungsprozessen hinsichtlich der Interessen des kollektiven Akteurs führen, die in stärkerem Maße die Belange des Koalitionspartners berücksichtigen. Die Geschichte der Konflikte eines kollektiven Akteurs hat den genau umgekehrten Effekt. Sie führt mit zunehmender Stärke zu einer stärkeren Mobilisierung und Abgrenzung von den Konfliktgegnern und einer schärferen Zuschneidung bzw. Betonung der eigenen Interessen (Coser 1965: 36 - 44). Beispiele für diese

⁶ In demokratischen Organisationen können die Mitglieder in entscheidenden Fragen den Handlungsspielraum für die Organisationseliten erheblich einschränken, wie z. B. die SPD in den 1890er Jahren erleben mußte, als die Mitglieder jegliche Einschränkung von Konsumenteninteressen zugunsten der Formulierung eines sozialdemokratischen Agrarprogramms ablehnten (Lehmann 1970: 174 -190).

Behauptung sind auf der einen Seite erfolgreiche Streiks, die zu einer dauerhaften Mobilisierung und Organisation der Arbeiter führen (Franzosi 1995) auf der anderen Seite Fälle von scharfer Repression seitens staatlicher Autoritäten, die zu einer Verhärtung der Interessen eines kollektiven Akteurs führen können, wie z. B. die Auswirkungen des preußischen Kulturkampfes auf die Mobilisierung der Katholiken und Polen oder des Sozialistengesetzes auf die Entwicklung der Sozialdemokratie in Deutschland verdeutlichen.

Die dargestellten vier Bedingungen sollen es ermöglichen, die Definition der Interessen von kollektiven Akteuren, die bestimmte Bevölkerungsgruppen repräsentieren, zu untersuchen. Dabei kann die skizzierte theoretische Perspektive struktur- und akteurorientierte Theorien miteinander verknüpfen. Im Gegensatz zur Theorie von Burton, Higley und Field gehe ich hier davon aus, daß die Interessen von Organisationseliten in hohem Maße durch sozialstrukturell bestimmte Konfliktlinien vorgegeben sind. Allerdings haben die jeweiligen Eliten gewisse Handlungsspielräume bei der Definition und der Verfolgung dieser Interessen, so daß eine rein makrosoziologische Analyse gesellschaftlicher Konfliktlinien nicht ausreicht, um die Entwicklung politischer Strukturen zu erklären.

In den folgenden Abschnitten soll der skizzierte theoretische Rahmen und die darin eingeschlossene Behauptung von der sozialen Konstruktion von Interessen an einem empirischen Beispiel verdeutlicht und überprüft werden. Es handelt sich dabei um den Versuch der Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen im Jahr 1918. In Abschnitt 3 wird dargestellt, daß es sich dabei tatsächlich um einen Demokratisierungsschritt gehandelt hätte. In den Abschnitten 4 und 5 werden die relevanten Bevölkerungssegmente in Preußen, ihre Interessenverbände und Parteien sowie ihre Interessen dargestellt. Auf dieser Basis lassen sich Hypothesen über das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten aufstellen, die dann im Abschnitten 6 überprüft werden.

3. Das preußische Dreiklassenwahlrecht als Blockade der Demokratisierung

Die in Abschnitt 2 dargestellte theoretische Skizze soll beitragen zu erklären, unter welchen Bedingungen demokratische Regime in Gesellschaften entstehen und sich konsolidieren. Daher soll an dieser Stelle gezeigt werden, inwiefern die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen einen Demokratisierungsfortschritt gegenüber dem Dreiklassenwahlrecht bedeutet hätte. Dieses Wahlrecht existierte in Preußen seit dem 30.5.1849, als es durch einen Oktroy des Königs eingeführt wurde (Huber 1978: 497 - 500). Es war ein allgemeines, ungleiches, indirektes und öffentliches Männerwahlrecht. Es wurden auf Stimmbezirksebene in öffentlicher Wahl Wahlmänner gewählt, die dann in einem

zweiten Schritt gleichfalls in öffentlicher Wahl die eigentliche Wahl der Abgeordneten vornahmen. Der Name dieses Wahlverfahrens stammt allerdings daher, daß die Urwähler in ihren Stimmbezirken bzw. Gemeinden nach ihrer Steuerleistung in drei Klassen eingeteilt wurden. Jede dieser Klassen stellte einen gleich großen Anteil am Steueraufkommen der Gemeinde, so daß die erste Klasse nur eine kleine Zahl von Wählern mit hohem Steueraufkommen und die dritte Klasse eine sehr große Zahl von Wählern mit relativ geringem bis keinem Steueraufkommen aufwies. Jede dieser drei Wahlteilungen konnte bei der Urwahl eine im Durchschnitt gleich große Anzahl von Wahlmännern bestimmen, so daß also die Personen in den oberen Wahlteilungen ein sehr viel größeres Stimmgewicht hatten, als diejenigen in der dritten Wahlteilung. Die Anzahl der Wahlberechtigten in der ersten Wahlteilung lag dabei meist unter 5 %, der Anteil in der zweiten Abteilung bei ca. 15 % und in der dritten Abteilung über 80 % (Ritter/Niehuss 1980: 142 - 144).

Abgesehen davon, daß das Dreiklassenwahlrecht generell nicht den Ansprüchen an ein demokratisches Wahlrecht entspricht (Hohlen 1986) und seine Abschaffung schon insofern als ein Demokratisierungsschub erscheinen muß, bedeutete das preußische Dreiklassenwahlrecht und die damit gegebene konservative Vormachtstellung auch für das gesamte deutsche Reich eine erhebliche Demokratisierungsblockade. Dabei muß die Tatsache berücksichtigt werden, daß die Reichsregierung und -verwaltung eng mit der preußischen Regierung bzw. Verwaltung verquickt war (Wehler 1995: 859 - 860; Nipperdey 1992: 95; Mommsen 1983: 206, 209). Nicht nur, daß die preußische Bürokratie zahlreiche Zuarbeiten für die Exekutive des Reiches übernahm, im Normalfall war auch der preußische Ministerpräsident zugleich Reichskanzler und mußte daher reichspolitische Themen auch im preußischen Abgeordnetenhaus diskutieren (Thieme 1963: 12 - 13).⁷ Das preußische Dreiklassenwahlrecht war allerdings schon seit seiner Einführung umstritten. In seiner Geschichte wurden immer wieder Anträge auf Reformen eingebracht. Tatsächlich kam es aber nur zu relativ geringfügigen Änderungen. Die hier im Mittelpunkt der Untersuchung stehende Abstimmung aus dem Jahr 1918 über die Einführung des gleichen Wahlrechts war Resultat der Machtverschiebungen im ersten Weltkrieg und vor allem der Überzeugung von Teilen der preußischen Staatsregierung, daß das Dreiklassenwahlrecht nicht mehr zu halten sei, die sich dann in wiederholten

⁷ Sehr prägnant formuliert Wehler die Verhältnisse in dem folgenden Zitat: „Da die preußische Hegemonie konstitutionell und realhistorisch abgesichert war, stieg jedoch der preußische Landtag zur 'heimlichen' zweiten Kammer des Reiches auf. Denn dort konnte die Politik des 'Empire State' formuliert, der Ministerpräsident festgelegt und in seinem Doppelamt als Reichskanzler zur Beachtung des gewünschten Kurses angehalten werden. Das Abgeordnetenhaus, erst recht das Herrenhaus besaßen daher eine Vetomacht - nicht nur etwa in Preußen, sondern auch und gerade in der Reichspolitik. Dieses Arrangement zugunsten des preußischen Herrschaftskartells hing freilich ganz und gar von der fortwährenden Geltung des Dreiklassenwahlrechts ab“ (Wehler 1995: 857).

Äußerungen des Kaisers zugunsten einer Wahlrechtsreform konkretisierten (Bergsträsser 1929; Patemann 1964).

4. Die soziale Konstruktion von Interessen in Preußen-Deutschland

Um das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten als politischen Repräsentanten der relevanten Bevölkerungssegmente in Preußen erklären zu können, muß vorweg deren Organisation und Interessendefinition untersucht werden. Die Bevölkerungsgruppen werden hier im Anschluß an das Konfliktlinienmodell von Lipset und Rokkan betrachtet. Dabei kann nicht für jede Bevölkerungsgruppe systematisch auf die oben skizzierten vier Bedingungen eingegangen werden, doch werden – soweit möglich und nötig – jeweils die typische soziale Lage (1), die relevanten Kommunikations- und Interaktionsstrukturen (2) sowie die jeweiligen Organisationsstrukturen genannt (3). Nur zum Teil wird auch die Struktur der Koalitionschancen und die Konfliktgeschichte angesprochen werden (4). Die hier verwendete Nummerierung wird auch im weiteren Text zur Benennung der Bedingungen verwendet. Erst vor diesem Hintergrund der Herausbildung kollektiver Akteure aus den verschiedenen Bevölkerungssegmenten kann dann abschließend beurteilt werden, welche Vor- und Nachteile für die organisierten Bevölkerungsgruppen aus dem preußischen Dreiklassenwahlrecht erwachsen.

4. 1. Nichtagrарische Klassenstrukturen⁸

1. Das Bürgertum

(1) Das Wirtschafts- und Bildungsbürgertum bildete die dominante Klasse der nichtagrарischen Klassenstruktur in Preußen, da es sich hier um die durch Besitz oder Kontrolle von Produktionsmitteln und/oder die Verfügung über eine hohe – meist akademische – Bildung privilegierte, relativ kleine Bevölkerungs-

⁸ Ich werde an dieser Stelle nicht die sozialen Klassen der Kleinbürger und der Angestellten behandeln, da dies den Artikel zu umfangreich machen würde. Diese standen mit ihren Interessen zwischen dem Bürgertum und den Arbeitern. Trotz der Existenz von liberalen Angestelltenverbänden, der Mitgliedschaft von zahlreichen Handwerkern in sozialdemokratischen Konsumvereinen und der hohen Stimmenzahl aus der protestantischen Mittelklasse für die Sozialdemokraten kann man im internationalen Vergleich wohl davon sprechen, daß die preußisch-deutschen Mittelklassen ausgesprochen konservativ waren und zu Koalitionen mit dem Bürgertum und mit den agrарischen Kräften überdurchschnittlich bereitwillig waren (Lenger 1988: 158 - 159; Mielke 1976: 180; Gellately 1974: 56; Kocka 1981; Haupt/Crossick 1998).

gruppe (6 % der Gesamtbevölkerung)⁹ von Unternehmern, Managern, hohen Beamten und Beschäftigten in den freien Berufen handelte (Wehler 1995: 713). Im internationalen Vergleich war die soziale Lage des deutschen Bürgertums in besonders hohem Maße durch den Staat geprägt. Dies reichte vom relativ hohen Einfluß des Staates auf die akademischen Berufe, die Rolle des Staates in industriellen Konflikten bis hin zur großen symbolischen Relevanz von staatlichen Titeln und Orden (McClelland 1985; Wehler 1995: 736 - 744; Saul 1974). (2) Sowohl gegenüber dem darunterliegenden Kleinbürgertum aber auch gegenüber dem Adel zeigt das Bürgertum eine erstaunliche soziale Geschlossenheit wie sich an Formen vertikaler sozialer Mobilität aber auch an den Heiratsbeziehungen ablesen läßt (Berghoff/Möller 1993). (3) Die angeführte, hohe Bedeutung des Staates schlägt sich auch in den vom Bürgertum dominierten Organisationen nieder, unter denen zahlreiche radikal-nationalistische Gruppen waren, die unter antidemokratischem Vorzeichen einen deutschnationalen Imperialismus propagierten (Chickering 1984; Eley 1980) sowie in den stark staatszentrierten Organisationen der akademischen Berufe (McClelland 1985, Wehler 1995: 736 - 744). Zentral für die sozioökonomischen Konfliktlinien sind aber die Interessenverbände des Wirtschaftsbürgertums: allen voran der Centralverband Deutscher Industrieller zur Beförderung und Wahrung nationaler Arbeit. Dieser wurde von agrarisch geprägten und von schwerindustriellen Interessengruppen dominiert, was nicht zuletzt auf die im internationalen Vergleich starke Konzentration von Großunternehmen in der Schwerindustrie und die damit einhergehenden Machtressourcen zurückzuführen ist (Cassis 1997: 11). Daher steuerte der CVDI einen politischen Kurs der relativ freundlich gegenüber agrarischen Interessen und Schutzzöllen war und sich vehement gegen sozialpolitische und andere Forderungen der Gewerkschaften zur Wehr setzte (Kaelble 1967: 72 - 76).¹⁰ Gegen die Dominanz der Schwerindustrie im CVDI und den damit verbundenen politischen Kurs setzten sich seit den 1890er Jah-

⁹ Die Angaben für die Größen der unterschiedlichen sozialen Klassen mitsamt der Familienangehörigen sind entweder den jeweils angegebenen Literaturangaben entnommen oder Schätzungen auf der Basis der Angaben in Hohorst/Kocka/Ritter (1975: 66 - 69).

¹⁰ Am Beispiel der Interessendefinition der Schwerindustrie kann auch die Bedeutung der jeweiligen nationalen Konstellation von Klassengegensätzen deutlich gemacht werden. In einem Vergleich zwischen deutscher und amerikanischer Schwerindustrie ist ersichtlich, daß die Schwerindustriellen in den beiden Ländern eine weitgehend übereinstimmende sozioökonomische Lage hatten und damit einhergehend ähnlich repressive und paternalistische Arbeitsbeziehungen pflegten (Welskopp 1994: 361). Die amerikanischen Schwerindustriellen hatten aber sehr viel geringere Probleme mit einem demokratischen Wahlrecht, da die amerikanische Arbeiterklasse zahlenmäßig relativ klein und damit auch politisch weniger einflußreich war (Bridges 1986; Shefter 1986). Darüber hinaus war sie im Vergleich zu Deutschland relativ schwach organisiert, was nicht zuletzt auf die massive Repression seitens der Unternehmer zurückzuführen ist (Voss 1993; Friedmann 1989) und sie sah sich einem Staat und Rechtssystem gegenüber, das die Durchsetzung von Arbeiterforderungen in starkem Maße erschwerte (Hattam 1993). Insofern waren die Interessen der amerikanischen Schwerindustrie durch ein demokratisches Wahlrecht sehr viel weniger betroffen als die der deutschen Schwerindustriellen.

ren zunehmend Vertreter der verarbeitenden Industrien ab, die einen gemäßigeren Kurs verfolgten und einen weiteren Interessenverband, den Bund der Industriellen, gründeten (Ullmann 1976). Eine deutliche antiagrarisches und liberale Wendung nahm diese Entwicklung mit dem Hansabund, einer Sammelbewegung von Organisationen aus den Kreisen der Unternehmer, Kleinbürger und Angestellten (Mielke 1976). Diese Organisationen traten für eine stärkere Durchsetzung liberaler Prinzipien ein und waren demnach weniger feindlich gegenüber sozialpolitischen Forderungen und gegenüber Verhandlungen mit den Arbeitnehmerverbänden.

2. Die Arbeiter

Die Arbeiter in Industrie, Handel und Dienstleistungsbereichen machten die größte soziale Gruppe der deutschen Gesellschaft mit ca. 45 % Anteil aus. (1) Sie verfügten kaum über ökonomische oder Bildungsressourcen und hatten in den Betrieben keine Autoritätsposition inne. Insofern waren sie auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen, so daß ihre Marktlage stets durch Unsicherheit geprägt blieb und sie unter Fremdbestimmung meist körperliche Arbeit verrichteten (Kocka 1983: 138 - 141). (2) Auch in Kleidung, sozialen Netzwerken und Lebensstil waren die Arbeiter klar von anderen sozialen Klassen abgegrenzt (Kocka 1988: 24). Ihre Zusammenballung in großen Städten und Unternehmen bildete die Grundlage für ihre erfolgreichen Organisationsbemühungen. (3) Dominant waren dabei die sozialdemokratischen Organisationen die 1913 immerhin über 2,5 Millionen Mitglieder hatten (Schönhoven 1987: 80 - 81). Ihre schärfsten Konkurrenten waren die christlichen Gewerkschaften, die vor allem katholische Arbeiter organisierten, unter denen die sozialdemokratischen Organisationen nur geringen Anklang fanden (Schönhoven 1987: 75; Nolan 1981). Während die sozialdemokratischen Gewerkschaften in Anknüpfung an handwerkliche kulturelle Traditionen auf der einen Seite und an bürgerliche Gleichheitsvorstellungen auf der anderen Seite relativ umfassende Reformen forderten und diese im Konflikt gegen die Unternehmer durchsetzen wollten, setzten die christlichen Gewerkschaften aus der Perspektive eines christlich-ständischen Weltbildes stärker auf den Ausgleich der Interessen und die Kooperation zwischen Arbeitern und Unternehmern (Schneider 1989: 415; Schönhoven 1987: 68). In den inhaltlichen Forderungen bestand aber nichtsdestotrotz eine gewisse Übereinstimmung.

4.2. Agrarische Klassenstrukturen

1. Großgrundbesitzer

(1) Der Großgrundbesitz in Preußen wird zwar meist mit den adligen Junkern assoziiert, doch waren tatsächlich die meisten Besitzer von großen Gütern über 100 Hektar keine Adligen. Allerdings waren letztere meist im Besitz von besonders großen Gütern die überwiegend im ostelbischen Preußen lagen (Hess 1990: 89 - 92).¹¹ Der preußische Adel konnte von seiner agrarischen Basis aus wesentliche Herrschaftspositionen in Verwaltung, diplomatischem Dienst und Militär besetzen und besaß darüber hinaus exzellente Beziehungen zum Berliner Hof (Wehler 1995: 816 - 820). (2) Ilona Buchsteiner konnte am Beispiel Pommerns zeigen, daß sich die ökonomische Dominanz der adligen gegenüber den bürgerlichen Großgrundbesitzern auch in eine politische und kulturelle Hegemonie umgesetzt hat, die sich z. B. in der Besetzung von lokalen und regionalen Ämtern und Vertretungskörperschaften zeigte (1993). (3) Damit war auch die von ostelbischen Großgrundbesitzern geführte Organisation des Bundes der Landwirte in einer Situation die durch ausgezeichnete Beziehungen zu den politischen Schaltstellen des Kaiserreichs gekennzeichnet war (Wehler 1995: 833).

2. Bauern

Die Industrialisierung in Deutschland bedeutete für die landwirtschaftlichen sozialen Klassen einen deutlichen Bedeutungsrückgang. War 1882 noch für über 41 % der Bevölkerung eine landwirtschaftliche Tätigkeit angegeben, so lag dieser Anteil 1907 nur noch bei 27,4 %. Insgesamt dürften noch über 10 % der Bevölkerung selbständige Landwirte – ausgeschlossen die Großgrundbesitzer – gewesen sein. (1) Die bäuerlichen Besitzklassen waren intern scharf nach dem Grundbesitz differenziert. Dabei kam den Groß- und Vollbauern eine dominante Position in der dörflichen Machthierarchie zu (Wehler 1995: 830 - 831). Vor allem die krisenhafte Entwicklung der Landwirtschaft in den 1890er Jahren führte zu einer massiven Mobilisierung der bäuerlichen Bevölkerung, die freilich durch den unter großagrarischer Führung stehenden Bund der Landwirte aufgefangen wurde. (3) Dieser forderte höhere Zölle für landwirtschaftliche Produkte, Steuererleichterungen für die Landwirtschaft und rechtliche Einschränkungen für Landarbeiter (Puhle 1966: 74).¹² Nicht berücksichtigt

¹¹ Quantitativ ist diese Gruppe innerhalb der preußischen Gesellschaft mit 0,3 % relativ unbedeutend (Wehler 1995: 809 -811).

¹² Dabei darf die sozialprotektionistische, zum Teil antisemitische Ausrichtung des BdL nicht zu der These veranlassen, daß die Bauern lediglich von den adligen Großgrundbesitzern

wurden dabei aber die Probleme von Kleinlandwirten und Landarbeitern. Der BdL hatte vor allem in protestantischen Gegenden seine Mitglieder, während ein großer Teil der organisierten katholischen Bauern Mitglieder der christlichen Bauernvereine war. Diese wurden, ähnlich wie der BdL, meist unter Führung von Adligen gegründet und verfolgten eine ähnliche Programmatik. Freilich mit dem entscheidenden Unterschied, daß die christlichen Bauernvereine in sehr viel höherem Maße als der BdL auf Selbsthilfe setzten und weniger auf Staatshilfe hofften (Moeller 1983: 126 - 136). Daneben existierten allerdings auch noch kleinere liberale Bauernverbände, die auch vorwiegend auf Selbsthilfe und Spezialisierung setzten und mit den liberalen Parteien und dem Hansabund verbunden waren.

3. Landarbeiter

Die größte ländliche Bevölkerungsgruppe machte mit ca. 15 % Anteil an der Gesamtbevölkerung die ländliche Arbeiterschaft und das Gesinde aus. Sie war in erster Linie für die Anerbengebiete der norddeutschen Tiefebene einschließlich der ostelbischen Großgrundbesitzgebiete typisch. (1) Die Landarbeiter waren innerhalb der ländlichen Gesellschaft eine ökonomisch und soziale deklassierte Gruppe, die zum Teil mit unverhohlenem Hochmut behandelt wurde (Schildt 1996: 8). (3) Trotz ihrer schlechten sozioökonomischen Lage entwickelte die Landarbeiterschaft aber nur zu einem geringen Grad kollektive Organisationen, so hatte der Deutsche Landarbeiterverband 1914 nur 20000 Mitglieder (Hübner 1977: LVII). Die politische Abstinenz der Landarbeiterschaft läßt sich auch an der Wahlbeteiligung bei den preußischen Landtagswahlen ablesen (vgl. Schildt 1996: 25 - 26). Die Wahlbeteiligung der ersten Wahlabteilung war in relativ industrialisierten Gebieten (Weniger als 25 % Beschäftigte in der Landwirtschaft) ca. 1,8 so hoch wie in der dritten Abteilung, in agrarischen Gebieten (Mehr als 50 % der Beschäftigten in der Landwirtschaft) aber 4,2 mal so hoch.¹³

manipuliert wurden, wie sie vor allem von Puhle nahegelegt wurde (Puhle 1966: 63). Der BdL konnte in großem Maße auch die Mißstimmung und Interessen der bäuerliche Besitzklassen formulieren und diese aufgrund seiner guten Beziehungen auch in das politische System hineintransportieren (Hunt 1974; Moeller 1981).

¹³ Es stellt sich hier freilich die interessante - aber in der Forschung fast völlig vernachlässigte - Frage, warum die deutsche Landarbeiterschaft trotz ihrer zahlenmäßigen Größe im Vergleich zu ihren Gegenstücken in Italien oder Spanien nur wenig Protestbereitschaft gezeigt und sich kaum organisiert hat (Kölling 1996; Cardozo 1982; Malefakis 1993). Folgende Gründe scheinen mir vor dem Hintergrund der oben skizzierten Mobilisierungsdeterminanten relevant zu sein:

1) Die widersprüchliche Klassenlage, da die Landarbeiterschaft - anders als dies von Max Weber in den 1890er Jahren vorhergesagt wurde - sich nicht in Richtung eines ländlichen, besitzlosen Proletariats entwickelte (Weber 1988: 489), sondern seine Naturalentlohnung zunehmend zur Grundlage einer profitablen Schweinezucht machte, die die Landarbeiter in ihrer sozialen Lage näher an die ländlichen Besitzklassen heranrückte (Kölling 1996).

Welche Vor- und Nachteile im Hinblick auf ihre Interessen hatten nun die verschiedenen sozialen Gruppen vom preußischen Dreiklassenwahlrecht, die sich durch eine Einführung des gleichen Wahlrechts verändert hätten? Dabei ist einerseits die grundsätzliche Frage nach dem politischen Einfluß zu stellen und andererseits nach den substantiellen Veränderungen, die eine Verschiebung der politischen Machtverhältnisse im preußischen Abgeordnetenhaus mit sich gebracht hätten.¹⁴ Offensichtlich waren die oberen sozialen Klassen und die organisierten agrarischen Gruppen – die politisch häufig kooperierten – vom Dreiklassenwahlrecht bevorzugt, da sie ihre politischen Vertreter leichter durchsetzen konnten. Diese politische Bevorteilung äußerte sich auch in substantieller Hinsicht, die durch eine stärkere Demokratisierung Preußens zumindest tendenziell hätte gemindert werden können. So konnten die Arbeitgeber bzw. die oberen sozialen Klassen wesentliche sozialpolitische Reformen blockieren (Wehler 1995: 1086 - 1090), wurden in hohem Maße bei Arbeitskämpfen vom preußischen Staat bevorzugt (Saul 1974) und nur geringfügig durch progressive Steuern belastet (Witt 1970: 52). Vor allem die gewerkschaftsfeindlichen Vertreter der Schwerindustrie profitierten also vom preußischen Dreiklassenwahlrecht, in deutlich geringerem Maße auch die anderen Vertreter der bürgerlichen Klassen, da sie weniger vom Kampf gegen die Gewerkschaften betroffen waren und weniger stark an einer Kooperation mit der Landwirtschaft interessiert waren, während vor allem die Arbeitnehmer eindeutig benachteiligt waren. Hinsichtlich der sektoralen Konfliktlinie läßt sich eine deutliche Bevorzugung der organisierten agrarischen Gruppen ausmachen. Dies fing schon bei der krassen Überrepräsentation der agrarischen Adligen in Verwaltung und Militär an (Wehler 1995: 810 - 819), ging weiter mit dem Zoll- und Steuersystem, welches vor allem den städtischen Konsum belastete (Witt 1970, Hentschel 1978: 200 - 204), der Sicherung der arbeitsrepressiven ländlichen Arbeitsver-

2) Sozial kontrollierte Kommunikationsstrukturen, da die deutschen Landarbeiter - anders als die italienischen - häufig nicht in Dörfern, sondern in der Nähe der Gutshöfe unter herrschaftlicher Kontrolle wohnten (Cardoza 1982; Flemming 1986; Plaul 1986: 117 - 118).

3) Politische Repression, da neben der Kontrolle durch die lokalen Obrigkeiten (Gutsbesitzer, Kirche) die Organisationsbestrebungen unter den Landarbeitern vom preußischen Staat massiv bekämpft wurden (Saul 1975), während in Italien vor allem in der Ara des Ministerpräsidenten Giolitti eine relativ liberale Haltung vorherrschte (Kölling 1996). Darüber hinaus waren die Landarbeiter in Preußen explizit von der Koalitionsfreiheit ausgenommen (Vormbaum 1980).

4) Die mangelnden Organisationsbemühungen, da ganz offensichtlich die sozialdemokratischen Organisationen nicht in der Lage waren, ein Programm zu entwickeln, welches wirklich an die soziale Lage der Landarbeiter angeknüpft hätte. Die meist städtischen Funktionäre begriffen die Bedeutung der Naturalentlohnung nicht und waren im Zweifelsfall bereit die Interessen der Landarbeiter den Interessen der städtischen Konsumenten unterzuordnen (Kölling 1996).

¹⁴ Dabei werde ich nicht nur auf politische Fragen eingehen, die im preußischen Abgeordnetenhaus entschieden wurden, da - wie oben gezeigt - auch die Entscheidungen des Reichstages nicht unbeeinflußt von den Machtverhältnissen im preußischen Abgeordnetenhaus waren.

fassung durch den preußischen Staat und die Absicherung großagrarischadlicher Interessen über die Gewährung von Fideikomissen (Ness 1990). Insofern waren die organisierten agrarischen Gruppen an der Beibehaltung des preußischen Wahlrechts in hohem Maße interessiert, obwohl dies freilich in geringerem Maße für die stärker auf Selbsthilfe orientierten christlichen und liberalen Gruppen gelten dürfte. Dabei muß allerdings immer berücksichtigt werden, daß die ländliche Arbeiterschaft von diesen Organisationen praktisch ausgeschlossen war und damit auch ihre Interessen politisch nicht repräsentiert waren.

Die nichtagrarischen Klassen waren in ihrer Politik gegenüber den organisierten agrarischen Klassen teilweise schwankend. Während die Arbeiterorganisationen konsequent für die nichtagrarischen Interessen eintraten, entwickelte sich im Bürgertum erst seit Beginn des 20. Jahrhunderts eine immer stärkere Ablehnung der Bevorzugung der Landwirtschaft, die vor allem in den Verbänden des Großhandels, der verarbeitenden Industrie und dem Hansabund ihren Rückhalt fand. Dagegen waren Teile der Schwerindustrie und auch des Kleinbürgertums und der Angestellten auch zur Koalition mit den ländlichen Interessenverbänden bereit.

4.3. Konfessionelle Konfliktlinie

In Preußen existierte neben der protestantischen Majorität, die ca. 65 % der Bevölkerung ausmachte, eine katholische Minorität von 33,5 % der Bevölkerung, die regional im Rheinland, Posen, Westfalen, Schlesien und Westpreußen konzentriert war (Hohorst/Kocka/Ritter 1975: 54). (1) Aber erst die Interventionen des preußischen Staates gegenüber den Rechten der katholischen Kirche im Kulturkampf und das traumatische Ereignis der preußisch-protestantischen Reichsgründung führten zu einer relativ dauerhaften politischen Mobilisierung der katholischen Bevölkerung (Lönne 1986). (2) Diese war nicht nur durch ihre Zugehörigkeit zur katholischen Kirche, sondern durch ein dichtes Netz von Vereinen organisiert, die einen Indikator für die im 19. Jahrhundert feststellbare Zunahme der katholischen Volksfrömmigkeit bilden (Sperber 1984; Lönne 1986: 82 - 83). (3) Neben den christlichen Bauernvereinen und Gewerkschaften sowie dem eher urban geprägten Volksverein für das katholische Deutschland mit ca. 800000 Mitgliedern am Vorabend des ersten Weltkrieges (Lönne 1986: 182) war ihre politische Vertretung vor allem das Zentrum, welches eine klassenübergreifende katholische Volkspartei darstellte.

Betrachtet man die Vor- und Nachteile der katholischen Bevölkerung aus dem Dreiklassenwahlrecht, so lassen sich aufgrund ihrer sozialstrukturellen Heterogenität nur begrenzte Aussagen machen. Generell hätte die Einführung des gleichen Wahlrechts ihren politischen Einfluß wohl kaum gemindert. Allerdings war für das preußische Zentrum eine Majorität der konservativen Kräfte durchaus von Vorteil, da diese einer laizistischen Vormachtstellung im Ab-

geordnetenhaus entgegenwirkte, die für die kulturpolitischen Forderungen der Katholiken eher ungünstig gewesen wäre. Dagegen gab es aber seit der Zeit des Kulturkampfes mit seinen illiberalen Übergriffen seitens des Staates gegen die katholische Bevölkerung eine deutliche Orientierung an liberalen Prinzipien und am gleichen Wahlrecht, obgleich diese Bekenntnisse oft nur rhetorischen Charakter hatten (Kühne 1994b: 491 - 492; Loth 1984: 320 - 321, 347 - 349). Desweiteren ist die Tatsache zu berücksichtigen, daß die katholischen Verbände stärker auf Selbsthilfe als auf den Staat setzten und insofern nicht so stark von den Vorteilen des Dreiklassenwahlrechts abhängig waren. Insofern lassen sich für die katholische Bevölkerungsgruppe keine klaren Vor- oder Nachteile des Dreiklassenwahlrechts im Hinblick auf ihre Interessen ausmachen.

4.4. Nationale Konfliktlinie

In Preußen existierte neben der deutschen Bevölkerung als Erbe der polnischen Teilungen auch eine erhebliche Minorität von 3,7 Millionen Polen (1910) die ca. 10,5 % der preußischen Bevölkerung ausmachte und in den Provinzen Posen, Westpreußen und Schlesien konzentriert war (Wehler 1995: 961; Broszat 1972: 142). Deren zunehmend nationaldemokratische Ausrichtung war eine unmittelbare Reaktion auf die antipolnischen Diskriminierungsmaßnahmen, die vor allem vom preußischen Landtag unterstützt wurden. (1) Dazu gehörten Einschränkungen für die Benutzung der polnischen Sprache in Amtsgeschäften und in den Schulen, die Ausweisung von Polen mit ungeklärter Staatszugehörigkeit sowie die Enteignung polnischen Landeigentums (Nipperdey 1992: 271; Wehler 1995: 963, 1068). (2, 3) Träger eines polnisch-nationalen Milieus waren bis in das frühe Kaiserreich hinein vor allem Vertreter des polnischen Adels (Conze 1983), erst seit der Gründung des deutschen Nationalstaats entwickelte sich ein eher bürgerlich und bäuerlich geprägtes dichtes Netzwerk von nationalpolnischen Organisationen von Bauernvereinen über Kreditgenossenschaften bis hin zu Arbeitervereinen (Conze 1983: 107; Broszat 1972: 137; Blanke 1981). Die Einführung des gleichen Wahlrechts und eine damit einhergehende Machtverschiebung in Richtung der Reichstagsverhältnisse hätte die Durchsetzung derartiger Maßnahmen deutlich erschwert.

Zusammenfassend läßt sich im Hinblick auf die vier Konfliktlinien festhalten, daß die organisierten agrarischen Klassen und die Seite der Arbeitgeber eher Vorteile vom Dreiklassenwahlrecht hatten, während für die polnische Bevölkerung eher Nachteile aus dem Dreiklassenwahlrecht festzustellen waren und sich für das katholische Bevölkerungssegment kein klarer Vor- oder Nachteil herauskristallisierte. Entsprechend kann erwartet werden, daß die Repräsentanten der vom Dreiklassenwahlrecht profitierenden Bevölkerungssegmente gegen die Einführung des gleichen Wahlrechts stimmen, während die Repräsentanten der benachteiligten Bevölkerungsgruppen für die Einführung desselben stimmen.

5. Die Repräsentation von sozialen Interessen durch Parteien

Politische Parteien haben die Funktion der Aggregation und der politischen Repräsentation von Interessen (Rucht 1993). Im Anschluß an die oben skizzierten Mobilisierungsbedingungen müssen aber die von den Parteien und den Abgeordneten vertretenen Interessen durch drei Parameter bestimmt werden: erstens die repräsentierten Bevölkerungssegmente, zweitens die soziale Herkunft der Parteieliten und ihren innerparteilichen Einfluß und drittens die Eigeninteressen der Parlamentarier. Daher wird hier im ersten Schritt die durchschnittliche soziodemographische Struktur der von den verschiedenen Parteien repräsentierten Wahlkreise dargestellt.¹⁵ Dabei wurden die vier sozialen Konfliktlinien durch folgende Wahlkreismerkmale operationalisiert: erstens der sektorale Gegensatz durch den Anteil von landwirtschaftliche Beschäftigten im Wahlkreis, zweitens der Klassegegensatz durch die Unterstützung der Abgeordneten in den verschiedenen Wahlabteilungen. Hatte die Partei eines Abgeordneten die Mehrzahl der Stimmen in der dritten und zweiten Wahlabteilung, aber nicht in der ersten Wahlabteilung gewonnen, so wurde die Variable als 1 kodiert, in allen anderen Fällen als 0. Damit liegt allerdings nur eine relativ grobe Operationalisierung des Klassegegensatzes vor. Drittens wurde der konfessionelle Gegensatz über den Katholikenanteil im Wahlkreis operationalisiert und viertens der nationale Gegensatz durch den Anteil von dänischen oder polnischen Minderheiten in der Bevölkerung des Wahlkreises.¹⁶ Über diese Daten hinaus sollen hier allerdings auch die Informationen aus den einschlägigen Wahlstudien berücksichtigt werden.

Tabelle 1: Sozialstrukturelle Merkmale der Wahlkreise der Abgeordneten nach Parteien im Jahr 1913 in

	Agrar. Besch.	Klasse	Katholiken	Minderheiten
Konservative	43,7	0,0	13,9	5,3
Freikonservative	37,5	2,0	21,3	10,7
Zentrum	32,3	1,0	85,8	10,7
Nationalliberale	21,8	2,7	22,7	4,9
Linksliberale	15,4	2,6	22,3	8,4
Sozialdemokraten	4,7	60,0	9,8	0,0
Minderheiten	61,7	0,0	80,9	77,8

¹⁵ Diese Daten konnten aus dem Handbuch der Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus (Kühne 1994a) und dem Biographischen Handbuch für das preußische Abgeordnetenhaus (Booms/Morsey 1988) entnommen werden.

¹⁶ Als Repräsentanten nationaler Minderheiten saßen auch zwei dänische Abgeordnete im preußischen Abgeordnetenhaus, die hier allerdings nicht näher dargestellt werden sollen.

Betrachtet man die Ergebnisse in Tabelle 1, so zeigen sich einige recht deutliche Unterschiede zwischen den Parteien. Als deutlich agrarisch geprägt zeigen sich die beiden konservativen Parteien. Dies wird auch durch historische Wahlstudien nahegelegt, die zeigen, daß die Konservativen ihre Stimmen vor allem in landwirtschaftlichen Gebieten, besonders mit Großgrundbesitz, und in Gebieten mit kleinen Orten gewinnen konnten (Winkler 1995: 270; Suval 1985: 103 - 104; Rohe 1992: 274 - 275). Hinsichtlich der konfessionellen Konfliktlinie sind die Konservativen fast ausschließlich auf protestantische Wähler angewiesen, lediglich bei der katholischen Agrarbevölkerung stimmen gewisse Anteile für die Konservativen (Sperber 1997: 147). Beim Zentrum fällt – erwartungsgemäß – der hohe Katholikenanteil in den Wahlkreisen ins Auge; darüber hinaus vertritt die Partei aber auch einen hohen Anteil agrarischer Wahlkreise.¹⁷ Trotz dieser schwachen agrarischen Ausrichtung kann man das Zentrum aber durchaus als eine klassenübergreifende katholische Volkspartei betrachten. Die beiden liberalen Parteien zeigen sich dagegen als Repräsentanten weniger agrarischer und eher protestantischer Wahlkreise. Ihr Elektorat war allerdings sozialstrukturell relativ unbestimmt. Es gehörten sowohl Landwirte als auch die Mittelklassen und auch Arbeiter dazu (Sperber 1997: 147), wobei festgehalten werden muß, daß die Wähler der Linksliberalen urbaner und weniger agrarisch waren als die der Nationalliberalen (Rohe 1992: 274 - 275; Winkler 1995: 261, Suval 1985: 121).¹⁸ Die Sozialdemokraten haben ihre Mandate in offensichtlich hochindustrialisierten Wahlkreisen vor allem mit Unterstützung der unteren Bevölkerungsgruppen gewonnen. Allerdings stammte diese Unterstützung nicht nur aus der Arbeiterklasse, sondern auch aus der Mittelklasse. Nach Sperbers Angaben stimmten zu Beginn des 20. Jahrhunderts mehr als 40 % der Wahlberechtigten der protestantischen Mittelklasse für die SPD (Sperber 1997). Diese konnte allerdings nur geringe Erfolge unter den Katholiken – auch unter katholischen Arbeitern – verzeichnen (Sperber 1997: 68). Für die Abgeordneten der nationalen Minderheiten wird wiederum sehr deutlich, daß sie tatsächlich aus Wahlkreisen stammen, die sehr stark von den jeweiligen nationalen Minderheiten dominiert sind. Darüber hinaus fällt aber auf, daß sie aus extrem agrarischen und stark katholischen Wahlkreisen stammen. Letzteres gilt freilich nur für die polnischen und nicht für die dänischen Abgeordneten.

Um nun die Interessenverfolgung der Parteien nach den oben skizzierten Bedingungen zu analysieren, sollen nun in einem zweiten Schritt die Organisationsstrukturen und Eliten der Parteien betrachtet werden. Die Konservativen

¹⁷ Dies mag unter anderem daran liegen, daß landwirtschaftlich Beschäftigte einen höheren Anteil unter der katholischen Wahlbevölkerung ausmachten, als unter der protestantischen (Sperber 1997: 63).

¹⁸ Die Nationalliberalen konnten interessanterweise kontinuierlich einen Teil der katholischen Bevölkerung für sich gewinnen, was vor allem in konfessionell inhomogenen Gebieten geschah (Sperber 1997: 143; Rohe 1992: 112 - 116).

konnten sich auf den Bund der Landwirte stützen, der auch erheblichen Einfluß auf die Kandidatenaufstellung der Konservativen hatte (Nipperdey 1961: 241 - 245; Kühne 1994b: 89 - 96). Ein großer Teil der konservativen Abgeordneten (ca. 75 %) war Mitglied des BdL (Langewiesche 1988), ähnlich große Teile der konservativen Fraktionen verfügten über landwirtschaftlichen Besitz. Auch in den relativ autonom agierenden Leitungsgremien der Konservativen dominierten die adligen Großgrundbesitzer (Retallack 1988: 172), die damit ganz offensichtlich ihre Interessen in den konservativen Parteien zum Ausdruck bringen konnten. Das Zentrum konnte sich dagegen auf die Mobilisierungsanstrengungen der kirchlichen Organisation und der parteinahen Massenorganisationen sowie die im vorhergehenden Abschnitt erwähnten christlichen Klassenorganisationen stützen (Loth 1991, Lönne 1986: 172 - 176). Diese Vielzahl von Verbänden war von Vorteil für die Mobilisierungsanstrengungen der Partei, konnte aber auch zu Interessenkonflikten führen, die von der Führungsspitze immer wieder in paritätische Regelungen gebracht werden mußten (Mittmann 1976: 157 - 159; Loth 1984: 382 - 387). Die liberalen Parteien versuchten seit der Jahrhundertwende massiv ihre Parteiorganisation auszubauen, um vergleichbare Mobilisierungsanstrengungen unternehmen zu können (Nipperdey 1961: 92 - 109, 124 - 130). Desweiteren waren die Nationalliberalen im preußischen Landtag tendenziell dadurch gekennzeichnet, daß sie eine Bindung an agrarische Gruppen, nationale Verbände und an die Interessen der Schwerindustrie aufwiesen (Thieme 1964: 219 - 222). Die Linksliberalen waren dagegen stärker an die Verbände des Großhandels, des Bankwesens und der exportorientierten Industrie angebunden. So übernahm der Hansabund seit seiner Gründung 1909 erhebliche finanzielle Anstrengungen zur Unterstützung der Linksliberalen (Mielke 1976). Agrarische Interessen spielten hier kaum eine Rolle. Bei der SPD kann festgestellt werden, daß diese sich einerseits auf ein reiches Netz von Vereinen und auf die mitgliederstarken freien Gewerkschaften stützen konnte. Bei den Mitgliedern der Partei und der Fraktionen handelte es sich vorwiegend um relativ junge, protestantische Facharbeiter aus urbanen Zentren (von Saldern 1990: 193; Schröder 1990: 216 - 217). Die polnische Fraktion im preußischen Abgeordnetenhaus war an ein dichtes Netz polnischer Organisationen angeschlossen (vgl. Abschnitt 4). Wurde die Fraktion selbst bis in die 1890er Jahre von polnischen Adligen, die gegenüber der preußisch-deutschen Führung kompromißbereit waren dominiert, so rückte an deren Stelle seitdem eine zunehmend bürgerliche, nationaldemokratische Führungsschicht, die polnische Nationalinteressen verfolgte (vgl. Grot et al. 1983; Blanke 1981).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß die Konservativen soziale Gruppen repräsentierten, die durchaus Vorteile aus dem Dreiklassenwahlrecht zogen, wobei diese Tendenz durch die Zusammensetzung der Parteieliten eher noch verstärkt wurde. Das Zentrum war dagegen durch eine ausgesprochen heterogene katholische Wählerklientel gekennzeichnet, die durchaus unterschiedliche Interessen im Hinblick auf das Dreiklassenwahlrecht hatte. Die National-

liberalen waren zwischen eher agrarischen und schwerindustriellen und bürgerlich-liberalen Interessen gespalten, so daß sie ähnlich wie das Zentrum keine eindeutige Ausrichtung im Hinblick auf das Dreiklassenwahlrecht aufwiesen. Ganz anders war es bei den Linksliberalen, die eindeutig bürgerlich-liberale Interessen vertraten und deren Klientel vor allem im Hinblick auf den sektoralen Gegensatz überwiegend Nachteile vom Dreiklassenwahlrecht erfuhr. Das gleiche gilt für die Sozialdemokraten als Arbeiterpartei und die Fraktionen der staatlich diskriminierten nationalen Minderheiten.

Schließlich müssen an dieser Stelle auch die spezifischen Eigeninteressen der politischen Eliten betrachtet werden, die jenseits der Repräsentation von Interessen oder politischen Programmen liegen. Im Anschluß an Anthony Downs kann man den Politikern den Wunsch nach der Erhaltung und dem Gewinn von politischen Ämtern unterstellen (Downs 1968: 27). Insofern muß betrachtet werden, ob die Politiker der verschiedenen Parteien in Preußen bei der Einführung des gleichen Wahlrechts im Vergleich zum Dreiklassenwahlrecht ihre Wahlchancen eher verbessert oder verschlechtert hätten. Dies kann empirisch durchgeführt werden, indem der Mandatsanteil der verschiedenen Parteien unter dem Dreiklassenwahlrecht mit dem Mandatsanteil der Parteien unter dem Reichstagswahlrecht (für Preußen) verglichen wird.¹⁹ Als Ergebnis kann festgestellt werden, daß die beiden konservativen Parteien und die Nationalliberalen deutlich vom Dreiklassenwahlrecht bevorzugt waren, während das Zentrum, die Linksliberalen, die Polen und die Sozialdemokraten in unterschiedlichem Maße benachteiligt waren. In Abschnitt 4 wurde schon erläutert, daß einige preußische Bevölkerungssegmente (Polen, untere Klassen, nicht-agrarische Bevölkerungsgruppen) unter dem Dreiklassenwahlrecht in ihrer politischen Repräsentation aber auch substantiell benachteiligt waren. An dieser Stelle kann nun empirisch analysiert werden, ob ein Zusammenhang zwischen dem Elektorat der verschiedenen Parteien und der Verbesserung ihrer Wahlchancen unter dem gleichen Wahlrecht existierte. Dazu sind in Tabelle 2 die Ergebnisse einer linearen Regression wiedergegeben, die den Zusammenhang zwischen den Wahlchancen der Politiker der verschiedenen Parteien und den sozialen Strukturen ihrer Wahlkreise betrachtet.

Die Ergebnisse in Tabelle 2 zeigen, daß Abgeordnete mit Wählern aus den unteren Klassen und aus den nationalen Minderheiten eher eine Verbesserung ihrer Wahlchancen unter dem gleichen Wahlrecht zu erwarten hatten, während Abgeordnete mit agrarischen Wählern eher mit einer Verschlechterung zu rechnen hatten. Kein statistisch signifikanter Zusammenhang läßt sich für Abgeordnete mit katholischen Wählern feststellen. An diesen Ergebnissen ist erstaunlich, daß offensichtlich Abgeordnete mit Wählern, die unter dem Dreiklassenwahlrecht Nachteile erlitten, unter dem gleichen Wahlrecht bessere

¹⁹ Die Daten für diesen Vergleich wurden Kühne (1994b) und Niehaus/Ritter (1980) entnommen. Als Basis wurden die Ergebnisse der preußischen Landtagswahlen mit den Ergebnissen der Reichstagswahlen (in Preußen) für den Zeitraum von 1893 bis 1913 verglichen.

Wahlchancen hatten und umgekehrt (vgl. die Hypothesen in Abschnitt 4). Insofern besteht hier eine indirekte Interessenidentität zwischen Wählern und Abgeordneten.

Tabelle 2: Soziale Konfliktlinien und Wahlchancen der Abgeordneten

Konstante	125,02***	
	10,24	
Katholiken	0,17	0,05
	0,13	
Agrar. Besch.	-1,34***	-0,27
	0,24	
Minderheiten	0,79***	0,16
	0,22	
Klasse	359,17***	0,51
	27,58	
Korr. R ²		0,336
Fallzahl		442

Angegeben sind der unstandardisierte Regressionsparameter, darunter der Standardfehler desselben. Darüber hinaus wurde in der zweiten Spalte der standardisierte Regressionsparameter angegeben. * p < 0,1; ** p < 0,05; *** p < 0,01.

Nachdem nun die von den Parteien repräsentierten Bevölkerungssegmente und die Eigeninteressen der Politiker analysiert wurden, kann als Hypothese formuliert werden, daß die konservativen Parteien aufgrund ihrer Interessen gegen das gleiche Wahlrecht stimmen sollten, die SPD, die Linksliberalen und die nationalen Minderheiten dafür und die Nationalliberalen und das Zentrum eine Mittelposition einnehmen sollten. Allerdings sollten die Abgeordneten des Zentrums stärker als die Abgeordneten der Nationalliberalen für das gleiche Wahlrecht eintreten, da zwar die von ihnen repräsentierten Interessen keine eindeutige Ausrichtung besitzen, doch die Nationalliberalen im Gegensatz zum Zentrum unter dem Dreiklassenwahlrecht bessere Wahlchancen besaß.

6. Interessen und Abstimmungsverhalten

In den vorhergehenden Abschnitten wurden Hypothesen über die Interessen der durch die Abgeordneten im preußischen Landtag repräsentierten Bevölkerungsgruppen und über die Eigeninteressen der im Abgeordnetenhaus vertretenen Abgeordneten entwickelt. Es soll nun überprüft werden, ob unter Berücksichtigung dieser sozial konstruierten Interessen, wie in der oben skizzierten Theorie behauptet, erklärt werden kann, ob sich die Abgeordneten für oder gegen eine Demokratisierung des Wahlrechts in Preußen aussprechen. Das Ab-

stimmungsverhalten der Abgeordneten konnte den Stenographischen Berichten aus dem Preußischen Abgeordnetenhaus entnommen werden. Für die Operationalisierung der sozialen Konfliktlinien kann auf die in Abschnitt 4 schon eingeführten Variablen zurückgegriffen werden. An dieser Stelle werde ich so vorgehen, daß ich in einem ersten Schritt überprüfe, ob die Repräsentanten der verschiedenen, durch die sozialen Konfliktlinien definierten Bevölkerungssegmente entsprechend den Hypothesen abgestimmt haben. Um den Zusammenhang zwischen sozialen Konfliktlinien und Abstimmungsverhalten der Abgeordneten zu bestimmen, wurde eine logistische Regression berechnet bei der die abhängige Variable das Abstimmungsverhalten des Abgeordneten war (Zustimmung wurde als 0 kodiert, Ablehnung als 1). Neben den sozialen Konfliktlinien wurden als erklärende Variable noch die in Abschnitt 5 eingeführten Wahlchancen der Abgeordneten verwendet, um auch die Eigeninteressen der Abgeordneten im Erklärungsmodell zu berücksichtigen.

Tabelle 3: Soziale Konfliktlinien und Abstimmungsverhalten der Abgeordneten

Konstante	3,91***	
	0,635	
Katholiken	0,004	0,39
	0,008	
Agrar. Besch.	0,053***	5,45
	0,010	
Minderheiten	0,012	1,2
	0,009	
Klasse	-1,12	-67,4
	1,228	
Wahlchancen	-0,066***	-6,41
	0,012	
Korr. Pseudo-R ²	0,463	
R ² _{count} ²⁰		0,698
Fallzahl		431

Angegeben sind der unstandardisierte Regressionsparameter, darunter der Standardfehler desselben. Darüber hinaus wurde der unstandardisierte Effektkoeffizient in % angegeben. * p < 0,1; ** p < 0,05, *** p < 0,01.

Betrachtet man die Ergebnisse der logistischen Regression, so zeigen sich die Hypothesen nur teilweise bestätigt. Von den vier sozialen Konfliktlinien zeigt lediglich eine einen statistisch signifikanten Zusammenhang mit dem Abstimm-

²⁰ R²_{count} gibt an, um wieviel der Fehler in der Vorhersage der abhängigen Variable verringert wird, wenn die Vorhersage auf den erklärenden Variablen beruht und nicht allein auf der Verteilung der abhängigen Variable (Long 1996: 107 - 108). Im vorliegenden Fall wird der Vorhersagefehler um nahezu 70% reduziert.

mungsverhalten der Abgeordneten und zwar der Anteil von agrarisch Beschäftigten im jeweiligen Wahlkreis. Je höher dieser Anteil, desto wahrscheinlicher stimmt der Abgeordnete gegen die Einführung des gleichen Wahlrechts. Desweiteren zeigt sich aber ein deutlicher Zusammenhang zwischen den Wahlchancen der Abgeordneten und ihrem Abstimmungsverhalten. Abgeordnete die vom Dreiklassenwahlrecht in ihren Wahlchancen benachteiligt waren, haben sehr viel seltener gegen das gleiche Wahlrecht gestimmt. Wie allerdings schon oben deutlich gemacht wurde, konnten sich vor allem diejenigen Abgeordnete bessere Wahlchancen unter dem gleichen Wahlrecht ausrechnen, deren Wähler unter dem Dreiklassenwahlrecht in ihren Interessen benachteiligt wurden. Die logistische Regression weist relativ hohe Werte für Pseudo-R² aus (vgl. Andreß/Hagenaars/Kühnel 1997:288-289), so daß ganz offensichtlich mit Hilfe der sozialen Konfliktlinien und den Wahlchancen das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten relativ gut erklärt werden kann. Insofern deutet sich damit auch an, daß mit Hilfe des vorliegenden theoretischen Modells das Verhalten von Eliten relativ gut erklärt werden kann.

Die Bedeutung der nichtökonomischen Konfliktlinien und des Spielraums der Eliten bei der Verfolgung der Interessen ihrer Wählerklientel kann an einem Beispiel noch stärker verdeutlicht werden. Dazu wurden alle Wahlkreise mit einem hohen Anteil von landwirtschaftlichen Beschäftigten (> 40 %) ausgewählt und darunter drei besondere Gruppen untersucht: erstens protestantische (Protestantenanteil > 75 %), deutsche Wahlkreise (Minderheitenanteil < 25 %), zweitens katholische (Katholikenanteil > 75 %), deutsche Wahlkreise und drittens Minderheitenwahlkreise (Anteil nationaler Minderheiten > 75 %).

Tabelle 4: Abstimmungsverhalten der Abgeordneten nach Parteien in

	Zustimmung	Ablehnung
Konservative	2,3	97,9
Freikonservative	7,8	92,2
Zentrum	76,2	23,8
Nationalliberale	52,1	47,9
Linksliberale	100	0
Sozialdemokraten	100	0
Minderheiten	100	0

Für diese drei Gruppen sozioökonomisch relativ ähnlicher Wahlkreise wurde nun der Anteil der Abgeordneten bestimmt, die gegen die Einführung des gleichen Wahlrechts gestimmt haben. Dies waren bei den protestantischen, deutschen Wahlkreisen 91,8 % (von 85 Fällen), bei den katholischen, deutschen Wahlkreisen 35,0 % (20 Fälle) und bei den Minderheitenwahlkreisen 0 % (12 Fälle). Diese Ergebnisse machen deutlich, daß die reine Berücksichtigung von

sozioökonomischen Strukturen nicht ausreicht, um das Verhalten von Eliten zu erklären. Ergänzend müssen die Eigeninteressen der Eliten selbst berücksichtigt werden, die wiederum – wie oben gezeigt – von weiteren, auch nichtökonomischen, Konfliktlinien abhängen.

Wendet man sich in einem zweiten Schritt dem Abstimmungsverhalten der Abgeordneten nach Parteien (Tabelle 4) betrachtet zu, so zeigen sich sehr eindeutige Ergebnisse. Die adlig-agrarisch dominierten Konservativen haben bis auf vereinzelte Ausnahmen geschlossen gegen die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen gestimmt. Einheitliche Ergebnisse erhält man auch für die Linksliberalen, die Sozialdemokraten und die Abgeordneten der nationalen Minderheiten. Diese haben geschlossen für die Einführung des gleichen Wahlrechts gestimmt. In der Mitte zwischen diesen beiden Gruppen von politischen Parteien stehen das Zentrum auf der einen Seite, welches eine Minderheit von immerhin 23,8 % der Abgeordneten aufweist, die gegen die Einführung des gleichen Wahlrechts gestimmt haben und die Nationalliberalen bei denen sogar 47,9 % der Abgeordneten gegen die Einführung des gleichen Wahlrechts gestimmt haben.²¹ Es ist ganz offensichtlich, daß die auf der Basis der von den Parteien repräsentierten Bevölkerungssegmenten und den Wahlchancen der Abgeordneten formulierten Hypothesen von den empirischen Ergebnissen deutlich bestätigt werden.

7. Zusammenfassung und Ausblick

Der Artikel hatte als Ausgangspunkt die in der Transformationsforschung übliche Gegenüberstellung von Struktur- und Modernisierungstheorien auf der einen Seite und Akteur- und Prozeßtheorien auf der anderen Seite. Hier wurde eine theoretische Perspektive skizziert, die eine Integration zwischen den beiden Theorien anstrebt. Sie ist dadurch gekennzeichnet, daß sie das Handeln von politischen Eliten als zurückgebunden an sozialstrukturell bestimmbare Bevölkerungssegmente betrachtet. Dabei wird davon ausgegangen, daß sich die von den Eliten verfolgten Interessen nicht unmittelbar aus der sozialen Lage der von ihnen repräsentierten Bevölkerungsgruppen ergeben, sondern sozial konstruiert werden. Dabei haben die jeweiligen Organisationseliten in Abhängigkeit von den gegebenen Organisationsstrukturen und den damit verbundenen Mitspracherechten der Organisationsmitglieder einen gewissen Spielraum bei der Definition von Interessen und bei deren Verfolgung, z. B. im Hinblick auf die Verfolgung ihrer eigenen Wahlchancen. Die Interessen organisierter Bevölkerungssegmente sind wiederum in dieser theoretischen Skizze der Bezugs-

²¹ Innerhalb dieser beiden Parteien kann ziemlich genau rekonstruiert werden, welche Fraktionen gegen das gleiche Wahlrecht gestimmt haben. Dies waren in der Zentrumsparlei vor allem adlige und agrarische Gruppen, während innerhalb der Nationalliberalen vor allem Abgeordnete mit Bindungen an die Schwerindustrie gegen die Einführung des gleichen Wahlrechts gestimmt haben.

punkt für die Entstehung und Konsolidierung demokratischer politischer Regime. Letztere können nur dann entstehen und überleben, wenn Akteure mit genügend Machtressourcen im Hinblick auf ihre Interessen Vorteile von einem demokratischen Regime haben.

Die theoretische Skizze wurde am Beispiel des Abstimmungsverhaltens von Abgeordneten über die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen verdeutlicht und überprüft. Es wurden die Interessen der organisierten Bevölkerungssegmente in Preußen analysiert, ihre Repräsentation durch politische Parteien sowie die Eigeninteressen der Abgeordneten. Die auf dieser Basis entwickelten Hypothesen über den Zusammenhang von Interessen und Abstimmungsverhalten konnten nur teilweise bestätigt werden. Lediglich Abgeordnete aus stärker agrarischen Wahlkreisen und Abgeordnete mit besseren Wahlchancen unter dem Dreiklassenwahlrecht stimmten eher gegen eine Wahlrechtsreform. Die anderen sozialen Konfliktlinien zeigen keinen statistisch signifikanten Zusammenhang mit dem Abstimmungsverhalten der Abgeordneten. Im Hinblick auf die sektorale Konfliktlinie ließ sich damit eine direkte Rückbindung des Abstimmungsverhaltens der Abgeordneten an die sozialstrukturelle Position der Wähler aufweisen, während sich im Hinblick auf die anderen Konfliktlinien nur eine indirekte Rückbindung zeigen ließ, da ja die Abgeordneten mit besseren Wahlchancen unter dem Dreiklassenwahlrecht Bevölkerungsgruppen repräsentierten, die vom Dreiklassenwahlrecht profitiert haben. Auf die Parteien bezogen bedeutet dies, daß die beiden konservativen Parteien gegen das gleiche Wahlrecht gestimmt haben, während die Abgeordneten der nationalen Minderheiten, der Linkliberalen und der Sozialdemokraten geschlossen dafür gestimmt haben. Ein weniger eindeutiges Abstimmungsverhalten fand sich bei den Abgeordneten der Nationalliberalen und des Zentrums, wobei allerdings die Zentrumsfraktion in höherem Maße für die Einführung des gleichen Wahlrechts gestimmt hat. Dieses Abstimmungsverhalten konnte auf der Basis der Wählerklientel der Parteien und der Wahlchancen der Abgeordneten ausgesprochen präzise vorhergesagt werden.

In den empirischen Ergebnissen wurde deutlich, daß das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten unter Berücksichtigung ihrer eigenen Interessen und der sozial konstruierten Interessen ihrer Wähler ausgesprochen gut erklärt werden konnte. Insofern verspricht der vorgestellte theoretische Rahmen mit seiner Verbindung von Akteur- und Strukturperspektive einen Ausweg aus dem theoretischen Dilemma der Unvorhersagbarkeit von Eliteverhandlungen. Dabei sind vor allem vier Punkte im Hinblick auf den theoretischen Rahmen und seine empirische Überprüfung festzuhalten: Erstens müssen bei der Erklärung des Verhaltens von Eliten die von diesen verfolgten und repräsentierten Interessen Berücksichtigung finden. Erst dann kann erklärt werden, daß politische Eliten erst zur konsensuellen Unterstützung eines demokratischen Regimes bereit sind, wenn ihre eigenen und die von ihnen repräsentierten Interessen davon in nicht zu starkem Maße betroffen sind. Elitenverhandlungen und ihre Ergebnis-

se sind also nicht prinzipiell unvorhersagbar, sondern durch die jeweiligen Interessen der beteiligten Akteure determiniert.²² Dabei muß zweitens beachtet werden, daß diese Interessen zum Teil an sozialstrukturell bestimmbare Bevölkerungssegmente zurückgebunden sind. Das Verhalten von politischen Eliten ist also nur vor dem Hintergrund makrosoziologischer Strukturen zu verstehen, die in langfristigen historischen Prozessen entstanden sind. Insofern sind die Akteurs- und die Strukturperspektive in der politischen Soziologie unmittelbar aufeinander verwiesen. Drittens sind die Eliten nicht nur Repräsentanten sozio-ökonomischer Konfliktlinien. Einerseits zeigten sie sich in dieser empirischen Studie in ihren Eigeninteressen an nichtökonomisch bestimmte Bevölkerungssegmente gebunden und andererseits konnte gezeigt werden, daß die Vertreter agrarischer Wahlkreise je nach eigener ideologischer Ausrichtung unterschiedlich abgestimmt haben. Viertens sind die Interessen von spezifischen Bevölkerungsgruppen nie unmittelbar gegeben, sondern werden in einem komplexen Prozeß konstruiert, der sich im hier vorliegenden Fall relativ erfolgreich anhand der oben aufgelisteten vier Determinanten (soziale Lage, Kommunikations- und Interaktionsstrukturen, Organisationen und Organisationseliten, Sozialer Kontext) beschreiben und analysieren ließ.

Insofern deuten die empirischen Resultate an, daß das vorliegende Modell eine fruchtbare Verknüpfung von makrostrukturellen mit akteurorientierten Theorien in der Erforschung der Entstehung und Konsolidierung demokratischer Regime darstellt. Es kann vor dem Hintergrund struktureller Bedingungen die Interessen der beteiligten Akteure bestimmen. Diese wiederum können gemeinsam mit den Machtressourcen die erfolgreiche Entstehung und Konsolidierung demokratischer Regime erklären.

8. Literatur

- Adler, Glenn und Eddie Webster, 1995: Challenging Transition Theory: The Labor Movement, Radical Reform, and Transition to Democracy in South Africa, *Politics and Society* 23: 75 - 106.
- Andreß, Hans-Jürgen, Hagedaars, Jacques A. und Steffen Kühnel, 1997: Analyse von Tabellen und kategorialen Daten. Log-lineare Modelle, latente Klassenanalyse, logistische Regression und GSK-Ansatz, Berlin: Springer.
- Berghoff, Hartmut und Roland Möller, 1993: Unternehmer in Deutschland und England 1870 - 1914. Aspekte eines kollektivbiographischen Vergleichs, *Historische Zeitschrift* 256: 353 - 386.
- Bergsträsser, Ludwig, 1929: Die preussische Wahlrechtsfrage im Kriege und die Entstehung der Osterbotschaft 1917. Nach den Akten der preußischen Ministerien und der Reichskanzlei, Tübingen: Mohr.

²² Dies gilt in dieser Allgemeinheit allerdings nur für Abstimmungen in denen jede Stimme das gleiche Gewicht besitzt. In anderen institutionellen Kontexten müßte auch das - hier völlig ausgeblendete - Machtverhältnis zwischen den Akteuren berücksichtigt werden.

- Bermeo, Nancy, 1997: Myths of Moderation: Confrontation and Conflict During Democratic Transitions, *Comparative Politics* 29: 305 - 322.
- Best, Heinrich, 1990: Die Männer von Bildung und Besitz: Struktur und Handeln parlamentarischer Führungsgruppen in Deutschland und Frankreich 1848/49. Düsseldorf: Droste.
- Blanke, Richard, 1981: Prussian Poland in the German Empire 1871 - 1900. New York: Columbia University Press.
- Booms, Hans und Rudolf Morsey (Hrsg.), 1988: Biographisches Handbuch für das preußische Abgeordnetenhaus, 1867 - 1918, Düsseldorf: Droste.
- Broszat, Martin, 1972: Zweihundert Jahre deutscher Polenpolitik, Frankfurt: Suhrkamp.
- Buchsteiner, Ilona, 1993: Großgrundbesitz in Pommern 1871 - 1914. Ökonomische, soziale und politische Transformation der Großgrundbesitzer, Berlin: Akademie Verlag.
- Burton, Michael G., Richard Gunther und John L. Higley, 1992a: Introduction: Elite Transformations and Democratic Regimes, in: John L. Higley und Richard Gunther (Hrsg.): *Elites and Democratic Consolidation in Latin America and Southern Europe*, Cambridge: Cambridge University Press: 1 - 37.
- Cardoza, Anthony, 1982: *Agrarian Elites and Italian Fascism: The Province of Bologna, 1901 - 1926*. Princeton: Princeton University Press.
- Cassis, Youssef, 1997: *Big Business. The European Experience in the Twentieth Century*, Oxford: Oxford University Press.
- Chickering, Roger, 1984: *We Men Who Feel Most German: A Cultural Study of the Pan-German League*, Boston: Allen & Unwin.
- Cohen, Youssef, 1982: The Benevolent Leviathan: Political Consciousness Among Urban Workers Under State Corporatism, *American Political Science Review* 76: 46 - 59.
- Coleman, James, 1991: *Grundlagen der Sozialtheorie. Band 1: Handlungen und Handlungssysteme*, München: Oldenbourg.
- Coleman, James, 1992: *Grundlagen der Sozialtheorie. Band II: Körperschaften und die moderne Gesellschaft*, München: Oldenbourg.
- Collier, Ruth Berins, 1999: *Paths Toward Democracy. The Working Class and Elites in Western Europe and South America*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Collier, Ruth Berins und David Collier, 1991: *Shaping the Political Arena. Critical Junctures, the Labor Movement, and Regime Dynamics in Latin America*. Princeton: Princeton University Press.
- Colomer, Josep, 1991: Transitions by Agreement: Modelling the Spanish Way, *American Political Science Review* 85: 1283 - 1302.
- Conze, Werner, 1983: Nationsbildung durch Trennung. Deutsche und Polen im preußischen Osten, in: Otto Pflanze (Hrsg.): *Innenpolitische Probleme des Bismarck-Reiches*, München: Oldenbourg: 95 - 119.
- Coser, Lewis, 1965: *Theorie sozialer Konflikte*, Neuwied: Luchterhand.
- Dahl, Robert A., 1971: *Polyarchy. Participation and Opposition*, New Haven: Yale University Press.

- Deyo, Frederic, 1989: *Beneath the Miracle. Labor Subordination in the New Asian Industrialism*, Berkeley: University of California Press.
- Eley, Geoff., 1980: *Reshaping the German Right. Radical Nationalism and Political Change after Bismarck*, New Haven: Yale.
- Field, George L. und John Higley, 1985: *National Elites and Political Stability*, in: Gwen Moore (Hrsg.): *Research in Politics and Society: Studies of the Structure of National Elite Groups*, Greenwich: JAI Press: 1 - 44.
- Flemming, Jens, 1986: *Die vergessene Klasse: Literatur zur Geschichte der Landarbeiter in Deutschland*, S. 389 - 418 in: Klaus Tenfelde (Hrsg.): *Arbeiter und Arbeiterbewegung im Vergleich*. München: Oldenbourg.
- Franzosi, Roberto, 1995: *The Puzzle of Strikes. Class and State Stragies in Postwar Italy*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Friedman, Gerald, 1988: *Strike Success and Union Ideology: The United States and France, 1880 - 1914*, *Journal of Economic History* 68: 1 - 25.
- Gamson, William, 1975: *The Strategy of Social Protest*, Homewood: Dorsey Press.
- Gellately, Robert, 1974: *The Politics of Economic Despair: Shopkeepers and German Politics 1890 - 1914*, London: Sage.
- Gerhards, Jürgen und Dieter Rucht, 1992: *Mesomobilization: Organizing and Framing in Two Protest Campaigns in West Germany*, *American Journal of Sociology* 98: 555 - 595.
- Grot, Zdzizlaw, Rothbarth, Maria und Heidrun Werner, 1983: Artikel: *Kola Polskie – Polnische Fraktionen im preußischen Landtag und im Reichstag 1848 - 1918*, S. 258 - 267 in: Dieter Fricke (Hrsg.): *Lexikon zur Parteigeschichte*, Band III, Köln: Pahl-Rugenstein.
- Hattam, Victoria C., 1993: *Labor Visions and State Power. The Origins of Business Unionism in the United States*, Princeton: Princeton University Press.
- Haupt, Heinz-Gerhard und Geoffrey Crossick, 1998: *Die Kleinbürger. Eine europäische Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts*, München: C. H. Beck.
- Heller, Patrick, 2000: *Degrees of Democracy. Some Comparative Lessons from India*, *World Politics* 52: 484 - 519.
- Hentschel, Volker, 1978: *Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im wilhelminischen Deutschland*, Stuttgart: Klett-Cotta.
- Heß, Klaus, 1990: *Junker und bürgerliche Großgrundbesitzer im Kaiserreich. Landwirtschaftlicher Großbetrieb, Großgrundbesitz und Familienfideikommiß in Preußen (1867/71 - 1914)*, Stuttgart: Steiner.
- Higley, John und Michael G. Burton, 1989: *The Elite Variable in Democratic Transitions and Breakdowns*, *American Sociological Review* 54: 17 - 32.
- Hohorst, Gerd, Jürgen Kocka und Gerhard A. Ritter. (Hrsg.), 1975: *Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch: Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870 - 1914*, München: C. H. Beck.
- Hradil, Stefan, 1987: *Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus*. Opladen: Leske + Budrich.

- Huber, Ernst Rudolf (Hrsg.), 1978: Dokumente zur Deutschen Verfassungsgeschichte, Bd 1. Deutsche Verfassungsdokumente 1803 - 1850, Stuttgart: Kohlhammer.
- Hübner, Hans, 1977: Einleitung: Lage und Kampf der Landarbeiter im ostelbischen Preußen, in: Hübner, Hans und Heinz Kathe (Hrsg.): Lage und Kampf der Landarbeiter im ostelbischen Preußen, Vaduz: Topos, 1977: IX - LXXII.
- Hunt, James C., 1974: Peasants, Grain Tariffs and Meat Quotas. Imperial German Protectionism Reexamined, *Central European History* 7: 311 - 331.
- Huntington, Samuel P., 1993: *The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century*, Norman: University of Oklahoma Press.
- Jenkins, Craig, 1983: Ressource Mobilization Theory and the Study of Social Movements, *Annual Review of Sociology* 9: 527 - 553.
- Judt, Tony, 1979: *Socialism in Provence, 1871 - 1914. A Study in the Origins of the Modern French Left*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Kaelble, Hartmut, 1967: *Industrielle Interessenpolitik in der wilhelminischen Gesellschaft. Centralverband Deutscher Industrieller, 1895 - 1914*, Berlin: de Gruyter.
- Karl, Terry L. und Philippe C. Schmitter, 1991: Modes of Transition in Latin America, Southern and Eastern Europe, *International Social Science Journal* 43: 269 - 284.
- Kitschelt, Herbert, 1992: The Formation of Party Systems in East Central Europe, *Politics and Society* 20: 7 - 52.
- Kitschelt, Herbert, 1993: Comparative Historical Research and Rational Choice Theory: The Case of Transitions to Democracy, *Theory and Society* 22: 413-427.
- Kocka, Jürgen, 1981: Class Formation, Interest Articulation, and Public Policy: The Origins of the German White Collar Class in the Late Nineteenth and Early Twentieth Century, in: Suzanne Berger (Hrsg.): *Organizing Interests in Western Europe: Pluralism, Corporatism and the Transformation of Politics*, Cambridge: Cambridge University Press: 63 - 83.
- Kocka, Jürgen, 1983: *Lohnarbeit und Klassenbildung: Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800 - 1875*, Bonn: Dietz.
- Kocka, Jürgen, 1988 : *Klassengesellschaft im Krieg: Deutsche Sozialgeschichte 1914 - 1918*, Frankfurt: Fischer.
- Kölling, Bernd, 1996: *Familienwirtschaft und Klassenbildung: Landarbeiter im Arbeitskonflikt. Das ostelbische Pommern und die norditalienische Lomellina 1901 - 1921*. Vierow: SH-Verlag.
- Kühne, Thomas, 1994a: *Handbuch der Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus, 1867 - 1918. Wahlergebnisse, Wahlbündnisse und Wahlkandidaten*, Düsseldorf: Droste.
- Kühne, Thomas, 1994b: *Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preussen 1867 - 1914. Landtagswahlen zwischen korporativer Tradition und politischem Massenmarkt*, Düsseldorf: Droste.
- Langewiesche, Dieter, 1988: *Liberalismus in Deutschland*, Frankfurt: Suhrkamp.

- Lehmann, 1970: Die Agrarfrage in der Theorie und Praxis der deutschen und internationalen Sozialdemokratie. Vom Marxismus zum Revisionismus und Bolschewismus. Tübingen: J. C. B. Mohr.
- Lenger, Friedrich, 1988: Sozialgeschichte der deutschen Handwerker seit 1800, Frankfurt: Suhrkamp.
- Lipset, Seymour M., Trow, Martin und James Coleman, 1956: Union Democracy: The Inside Politics of the International Typographical Union: New York: Free Press.
- Lipset, Seymour M. und Stein Rokkan: 1967: Cleavage Structure, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction, in: dies. (Hrsg.): Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives, New York: Free Press: 1 - 64.
- Lönne, Karl-Erich, 1986: Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt: Suhrkamp.
- Loth, Wilfried, 1984: Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands, Düsseldorf: Droste.
- Loth, Wilfried, 1991: Soziale Bewegungen im Katholizismus des Kaiserreichs, Geschichte und Gesellschaft 17: 279 - 310.
- McAdam, Douglas, 1982: Political Process and the Development of Black Insurgency, 1930 - 1970, Chicago: Chicago University Press.
- McAdam, Douglas, 1986: Recruitment to High-Risk Activism: The Case of Freedom Summer, in: American Journal of Sociology 92: 64 - 90.
- McAdam, Doug, McCarthy, John D. und Mayer N. Zald, 1988: Social Movements, S. 695 - 737 in: Neil Smelser (Hrsg.): Handbook of Sociology. Newbury Park: Sage.
- McCarthy, John D. und Mayer N. Zald, 1977: Ressource Mobilization and Social Movements: A Partial Theory, American Journal of Sociology 82: 1212 - 1241
- McClelland, Charles E., 1985: Zur Professionalisierung der akademischen Berufe in Deutschland, in: Werner Conze und Jürgen Kocka (Hrsg.): Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert: Band 1, Klett: Stuttgart: 233 - 247.
- Merkel, Wolfgang, 1994: Struktur oder Akteur, System oder Handlung: Gibt es einen Königsweg in der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung, in: ders. (Hrsg): Systemwechsel 1: Theorien, Ansätze, Konzeptionen, Opladen: Leske + Budrich: 303 - 331.
- Merkel, Wolfgang und Hans-Jürgen Puhle, 1999: Von der Diktatur zur Demokratie. Transformationen, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Mielke, Siegfried, 1976: Der Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie, 1909 - 1914: Der gescheiterte Versuch einer antifeudalen Sammlungspolitik, Göttingen: Vandenhoeck.
- Mittmann, Ursula, 1976: Fraktion und Partei. Ein Vergleich von Zentrum und Sozialdemokratie im Kaiserreich, Düsseldorf: Droste.
- Moeller, Robert G., 1981: How Backward were the Bauern? Peasants and Tariffs in the Kaiserreich, Agricultural History 55: 370 - 384.

- Moeller, Robert G.; 1983: Peasants, Politics and Pressure Groups in War and Inflation: A Study of the Rhineland and Westphalia, 1914 - 1924, Ann Arbor: University Microfilms International.
- Mommsen, Wolfgang J., 1983: Die Verfassung des deutschen Reiches als dilatorischer Herrschaftskompromiß, in: Otto Pflanze (Hrsg.) Innenpolitische Probleme des Bismarckreiches, München: Oldenbourg: 195 - 216.
- Moore, Barrington, 1982: Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand, Frankfurt: Suhrkamp.
- Neuhouser, Kevin, 1992: Democratic Stability in Venezuela: Elite Consensus or Class Compromise? *American Sociological Review* 57: 117 - 135.
- Neuhouser, Kevin, 1998: Transitions to Democracy: Unpredictable Elite Negotiation or Predictable Failure to Achieve Class Compromise? *Sociological Perspectives* 41: 67 - 93.
- Nipperdey, Thomas, 1961: Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf: Droste.
- Nipperdey, Thomas, 1992: Deutsche Geschichte 1866 - 1918, Band 2: Machtstaat vor der Demokratie, München: C. H. Beck.
- Nohlen, Dieter, 1986: Wahlrecht und Parteiensystem, Opladen: Leske + Budrich.
- Nolan, Mary, 1981: Social Democracy and Society: Working-Class Radicalism in Düsseldorf, 1890 - 1920, Cambridge: Cambridge University Press.
- Nyden, Philip, 1985: Democratizing Organizations: A Case Study of a Union Reform Movement, *American Journal of Sociology* 91: 1179 - 1203.
- Offe, Claus und Helmut Wiewenthal, 1980: Two Logics of Collective Action. Theoretical Notes on Social Class and Organizational Form, *Political Power and Social Theory* 1: 67 - 115.
- Patemann, Reinhard, 1964: Der Kampf um die preußische Wahlreform im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf: Droste.
- Plasser, Fritz; Peter A. Ulram und Harald Waldrauch, 1997: Politischer Kulturwandel in Ost-Mitteleuropa. Theorie und Empirie demokratischer Konsolidierung, Opladen: Leske + Budrich.
- Paul, Hainer, 1986: The Rural Proletariat: The Everyday Life of Rural Labourers in the Magdeburg Region, 1830 - 1880, in: Richard J. Evans und William R. Lee (Hrsg.): *The German Peasantry: Conflict and Community in Rural Society from the Eighteenth to the Twentieth Century*, London/Sydney: Croom Helm: 102 - 128.
- Procacci, Guliano, 1989: Geschichte Italiens und der Italiener. München: Beck.
- Przeworski, Adam, 1991: Democracy and the Market: Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America, Cambridge: Cambridge University Press.
- Przeworski, Adam und Fernando Limongi, 1997: Modernization. Theories and Facts. *World Politics* 49: 155 - 183.
- Puhle, Hans J., 1966: Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im Wilhelminischen Reich 1893 - 1914. Ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus in Deutschland am Beispiel des Bundes der Landwirte und der

- Deutsch-Konservativen Partei, Hannover: Verlag für Literatur und Zeitgeschehen.
- Retallack, James, 1988: *Notables of the Right. The Conservative Party and Political Mobilization in Germany, 1876 - 1918*, Boston: Unwin.
- Ritter, Gerhard A. und Merith Niehuss, 1980: *Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch: Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871 - 1918*: München: C. H. Beck.
- Rohe, Karl, 1992: *Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland, Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt: Suhrkamp.
- Rucht, Dieter, 1993: *Parteien, Verbände und Bewegungen als Systeme politischer Interessenvermittlung*, in: Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.): *Stand und Perspektiven der Parteienforschung*, Opladen: Westdeutscher Verlag: 251 - 275.
- Rüschemeyer, Dietrich, John Stephens und Joan H. Stephens, 1992: *Capitalist Development and Democracy*, Cambridge: Polity Press.
- Saldern, Adelheid von, 1990: *Wer ging in die SPD? Zur Analyse der Parteimitgliedschaft im wilhelminischen Zeit*, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.): *Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung. Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften im Parteiensystem und Sozialmilieu des Kaiserreichs*, München: Oldenbourg: 161 - 184.
- Saul, Klaus, 1974: *Staat, Industrie, Arbeiterbewegung im Kaiserreich. Zur Innen- und Sozialpolitik des Wilhelminischen Deutschland 1903 - 1914*, Düsseldorf: Bertelsmann.
- Saul, Klaus, 1975: *Der Kampf um das Landproletariat. Sozialistische Landagitation, Großgrundbesitz und preußische Staatsverwaltung 1890 - 1903*, *Archiv für Sozialgeschichte* 15: 163 - 208.
- Schildt, Gerhard, 1996: *Die Landarbeiter im 19. Jahrhundert – eine unvollendete Klasse*, *Archiv für Sozialgeschichte* 36: 1 - 26.
- Schneider, Michael, 1989: *Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute*, Bonn: Dietz. Schönhoven, Klaus, 1987: *Die deutschen Gewerkschaften*, Frankfurt: Suhrkamp.
- Schröder, Wilhelm Heinz, 1990: *Die Lebensläufe der sozialdemokratischen Reichstagskandidaten: Ausgewählte Fragen und Materialien*, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.): *Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung. Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften im Parteiensystem und Sozialmilieu des Kaiserreichs*, München: Oldenbourg: 185 - 217.
- Snow, David et al., 1986: *Frame Alignment Processes, Micromobilization and Movement Participation*, *American Sociological Review* 51: 464 - 481.
- Sperber, Jonathan, 1984: *Popular Catholicism in Nineteenth Century Germany*, Princeton: Princeton University Press.
- Sperber, Jonathan, 1997: *The Kaiser's Voters. Electors and Elections in Imperial Germany*. Cambridge. Cambridge University Press.
- Suval, Stanley, 1985: *Electoral Politics in Wilhelmine Germany*, Chapel Hill: University of North Carolina Press.

- Thieme, Hartwig, 1963: Nationaler Liberalismus in der Krise. Die nationalliberale Fraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses 1914 - 18, Boppard: Boldt.
- Vormbaum, Thomas, 1980: Politik und Gesinderecht im 19. Jahrhundert, Berlin: Duncker & Humblot.
- Voss, Kim, 1993: The Making of American Exceptionalism: The Knights of Labor and Class Formation in the Nineteenth Century, Ithaca und London: Cornell University Press.
- Weber, Max, 1988: Entwicklungstendenzen in der Lage der ostelbischen Landarbeiter, S. 470 - 507 in: ders. Gesammelte Aufsätze zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Tübingen: Mohr.
- Wehler, Hans-Ulrich, 1995: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des ersten Weltkrieges 1849 - 1914, München: C. H. Beck.
- Welskopp, Thomas, 1994: Macht und Arbeit im Hüttenwerk: Arbeits- und industrielle Beziehungen in der deutschen und amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie von 1860er bis zu den 1930er Jahren. Bonn: Dietz.
- Wickham-Crowley, Timothy P., 1994: Elites, Elite Settlements, and Revolutionary Movements in Latin America, 1950 - 1980, Social Science History 18: 543-574.
- Winkler, Jürgen, 1995: Sozialstruktur, politische Traditionen und Liberalismus: eine empirische Längsschnittstudie zur Wahlentwicklung in Deutschland, 1871 - 1933, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Witt, Peter-Christian, 1970: Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches von 1903 - 1913, Lübeck: Matthiesen.